

Das Grüne Programm
für unsere Stadt

L(i)ebenswertes Lüneburg

Grüneburg

Am 13.9.
Grün
wählen!



Inhaltsverzeichnis

Präambel	1
➊ Stadtentwicklung	2
➋ Mobilität	8
➌ Wohnen	14
➍ Wirtschaft	17
➎ Klimaschutz und Energiewende	22
➏ Naturschutz	26
➐ Bildung	29
➑ Kinder und Jugendliche	34
➒ Soziale Teilhabe	35
➓ Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit	41
➑ Gesundheit	45
➒ Kultur	48
➓ Vielfalt und Inklusion	50
➑ Sport, Erholung und Freizeitangebote	51
➒ Sicherheit	54
➓ Finanzen	56
➑ Moderne Verwaltung	59

Präambel

Moin!

Lüneburg ist unsere Stadt: Hansestadt, Universitätsstadt, Touristenmagnet, der zentrale Wirtschaftsstandort im Landkreis, Oberzentrum zwischen Metropolregion Hamburg und ländlichem Raum – und Lebensort für Menschen aller Generationen.

Wir Grüne gestalten Lüneburg seit 2021 als stärkste Fraktion im Stadtrat mit. Seitdem setzt sich auch Claudia Kalisch als unsere Oberbürgermeisterin dafür ein, dass unser lebenswertes Lüneburg lebenswert bleibt.

Trotz des oft scharfen Gegenwinds aus anderen Fraktionen haben wir in den vergangenen Jahren viel erreicht und viel gestaltet. Wir haben die Zeit genutzt, um Probleme zu lösen und um Schwung zu holen, wenn Lösungen mehr Zeit benötigen. Und wir haben noch viel vor. Auf den folgenden Seiten finden Sie unsere Ideen, wie wir zusammen mit Ihnen Lüneburg weiter gestalten wollen. Blättern Sie einfach mal durch und schauen Sie, wofür wir uns bei einem Thema einsetzen, das Ihnen besonders am Herzen liegt.

Wenn Sie möchten, dass unsere Pläne und Ihre Wünsche für Lüneburg Wirklichkeit werden, dann machen Sie bei der Kommunalwahl am 13. September 2026 Ihr Kreuz bei „Grün“. Geben Sie uns Ihre Stimme – im Wahllokal oder per Briefwahl.

Wir freuen uns auf die nächsten fünf Jahre mit Ihnen und für Sie!

Tamira Krohne

Niklas Wolf

für den Ortsverband Lüneburg BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Lüneburg, im Juli 2026

1 Stadtentwicklung

Unser Leitbild ist eine Stadt, die kompakt und klimagerecht, grün, sozial und gastfreundlich ist. Auf Grundlage des von uns initiierten und inzwischen verabschiedeten Stadtentwicklungskonzepts setzen wir auf Nutzung bestehender statt Versiegelung weiterer Flächen, auf sozial- und nutzungsge-mischte lebendige Quartiere, auf Klimaschutz und Klimaanpassung sowie auf Arten- und Umweltschutz.

Grüne Urbanität, lebenswerte Stadt

Mit ihrer Verbindung von historischer Altstadt, modernem Universitätsstandort und lebendigen Naturräumen sowie mit ihrer Lage in der Metropolregion Hamburg verfügt die Stadt Lüneburg über eine hohe Attraktivität und Lebensqualität. Das auf einen Grünen Antrag zurückgehende „Integrierte Stadtentwicklungskonzept“ (ISEK), das in der zu Ende gehenden Ratsperiode verabschiedet wurde, knüpft an diese Stärken an und zeigt Leitlinien für die Entwicklung der nächsten Jahre auf.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- in Lüneburg lebenswerte Quartiere mit einer Mischung verschiedener Wohnformen für alle Generationen, für Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft, allein oder in Gemeinschaft lebend, entstehen bzw. erhalten bleiben und durch lebensnahe Nutzungen (z. B. Einkaufsmöglichkeiten) ergänzt werden. Kurze Wege zwischen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeitangeboten sparen Zeit und fördern nachhaltige Mobilitätsformen.
- dort, wo durch den Trend zum Home-Office weniger Büroflächen nötig sind als in der Vergangenheit, durch Umnutzung neuer Wohnraum entsteht.
- bei der Schaffung von Wohnraum der Fokus auf Innen- vor Außenentwicklung gelegt wird, d. h. Ausbau von Dachgeschossen, Aufstockung und behutsame Nachverdichtung. Das Ziel ist, die Stadt in die Höhe zu entwickeln, nicht in die Breite. Denn die immer weitere Versiegelung von Flächen ist nicht nachhaltig, insbesondere nicht in Zeiten sinkender Geburtenraten.
- altersfreundliches Wohnen künftig stärker in der Stadtentwicklung berücksichtigt wird, etwa durch geeignete Konzepte für Wohnpflegegemeinschaften (vgl. Kapitel 11: Gesundheit).
- zusammen mit der Universität das Quartier rund um den Campus weiterentwickelt und dabei insbesondere der Ausbau bezahlbarer und nachhaltig

gebauter Wohnungen für Studierende in den Blick genommen wird. Auch die Leuphana Universität Lüneburg wünscht sich eine Konzentration ihrer Gebäude auf dem und rund um den Campus am Bockelsberg.

- bezogen auf die Universitätsstandorte in Volgershall und im Wilschenbrucher Weg, die nicht mehr für den Lehrbetrieb benötigt werden, innovative Nutzungen unterstützt und so neue Impulse für die Stadtentwicklung gesetzt werden.

Innenstadt – wo das Leben pulsiert

Die pittoreske Innenstadt mit ihren zahlreichen Baudenkmälern ist einer der größten Schätze unserer Stadt. Nicht zuletzt deshalb hat Lüneburg im vergangenen Jahr erneut einen Rekordwert bei den touristischen Besuchen verzeichnet. Gleichzeitig befindet sich der Einzelhandel infolge geänderter Einkaufsgewohnheiten in einem stetigen Wandel. Doch die Krise des Einzelhandels ist zugleich eine Chance für die Entwicklung einer lebendigen Innenstadt mit Wohnen und Gewerbe, die für Menschen aus nah und fern auch jenseits des Shoppings attraktiv ist. Vor diesem Hintergrund sind im Rahmen des Programms „Resiliente Innenstädte“ in den vergangenen Jahren bereits zahlreiche Maßnahmen umgesetzt worden, um die Aufenthaltsqualität weiter zu erhöhen, etwa durch die Neugestaltung des Glockenhofs oder die Einrichtung der rege genutzten grünen Oasen. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- der Marienplatz in direkter Nachbarschaft von Rathaus und Ratsbibliothek – wie von der Mehrheit der Bürger:innen in verschiedenen Beteiligungsformaten gewünscht – zu einem Ort der Begegnung und Kultur wird.
- die Ilmenaustraße eine echte Promenade erhält, auf der es sich entlang des Wassers schlendern lässt.
- die historische zweite Baumreihe am Ochsenmarkt wieder gepflanzt wird. Auch Am Sande gibt es viel Potenzial für zusätzliches Grün. Gerade in Zeiten zunehmender Erhitzung braucht es mehr Stadtgrün, unter dem es im Sommer angenehm kühl bleibt.
- die vom Bürger:innenrat erarbeiteten Vorschläge umgesetzt werden, die die Innenstadt für Kinder und Jugendliche attraktiv machen.
- in der Stadt insgesamt darauf geachtet wird, dass neue begrünte Verweilorte geschaffen werden, denn schon das aktuelle Angebot hat die Situation stark verbessert.

- das Instrument der Business Improvement Districts (BID) genutzt wird, um im Zusammenspiel mit den Immobilieneigentümer:innen und Gewerbetreibenden dem Leerstand von Einzelhandelsflächen entgegenzuwirken. Die Kombination aus kulturellen Angeboten und Events, Gastronomie und (inhabergeführten) Einzelhandel sorgt dafür, dass die Innenstadt von Lüneburg als Oberzentrum auch weiterhin von Menschen aus der Stadt, dem Umland und von zahlreichen Tourist:innen besucht wird.

Gestaltungshoheit sichern

Bodenpolitik ist der Schlüssel für eine nachhaltige, am Wohl der Allgemeinheit ausgerichtete Stadtentwicklung in Lüneburg.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- der obligatorische Zwischenerwerb von Bauerwartungsland zu angemessenen Preisen durch die Stadt vorangetrieben wird. Dadurch können wir größeren Einfluss auf die Stadtentwicklung nehmen, die Spekulation dämpfen und sicherstellen, dass die Wertschöpfung in öffentlicher Hand bleibt. Zwar müssen die Kosten der Baulandentwicklung vorfinanziert werden, die daraus folgende Wertentwicklung ermöglicht es jedoch, beim Verkauf höhere Preise zu erzielen.
- städtische Flächen in einem transparenten Prozess an diejenigen vergeben werden, die für die ausgeschriebenen Anforderungen das beste Konzept vorgelegt haben (z. B. energetische und soziale Anforderungen, Mobilitätskonzept, Mischung von Wohnformen) – konkretisiert durch städtebauliche Verträge. Sofern kooperative Herangehensweisen scheitern, werden wir die hoheitlichen Möglichkeiten zur Aktivierung von bebaubaren Grundstücken im Innenbereich nutzen – Stichworte sind städtebauliche Entwicklungsmaßnahme, Grundsteuer C, Baugebot etc. Hier erleichtert der „Bau-Turbo“ der Bundesbauministerin Hubertz, nach dem Städte und Gemeinden auch ohne Bebauungsplan schneller grünes Licht für den Wohnungsbau geben können, die kommunale Handhabe.
- bei der aktuell laufenden Novellierung des Erbbaurechts für Flächen der Stadt Lüneburg sowie der von ihr vertretenen Stiftungen ein einfaches, transparentes und gerichtsfestes Konzept für Erbbaurechtsnehmer:innen und Erbbaurechtsgeber:innen entwickelt wird. Hintergrund ist, dass Gewerbeflächen sowie für die Stadtentwicklung strategisch bedeutsame Flächen aus städtischem Besitz in der Regel im Erbbaurecht vergeben werden. Bei der langfristigen Betrachtung innenstadtnaher Erbbaurechtsflächen in

kommunaler Verantwortung ist deren Potenzial für eine urbane Stadtentwicklung zu berücksichtigen.

Mit der Bauwende die Folgen der Klimakrise abmildern

Mit dem 2025 vorgestellten Klimaanpassungskonzept liegen Strategien vor, um die Folgen des Klimawandels in Lüneburg zu dämpfen. Gleichzeitig setzen wir auf die Bauwende – die Hinwendung zum klima- und ressourcenschonenden Bauen –, um die weitere Verschärfung der Klimakrise zu bremsen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- der CO₂-Ausstoß durch den Bau von Wohnhäusern und größeren gewerblichen Einheiten transparent gemacht wird, um eine bilanzielle Klimaneutralität beim Bau und Betrieb neuer Immobilien zu erreichen, etwa durch den vermehrten Einsatz von Holz als Baustoff und von recycelbaren Baumaterialien oder den Erhalt der in bestehenden Bauwerken gebundenen, sogenannten grauen Energie.
- bei kommunalen Immobilien grundsätzlich die Kreislauffähigkeit geprüft wird. Dabei können wir die Erfahrungen aus dem bundesweit beachteten Modellprojekt des Anne-Frank-Horts in Kaltenmoor als Holz-Stroh-Bau mit Lehmputz nutzen.
- kritisch geprüft wird, ob das Ziel einer Baumaßnahme zumutbar auch durch Umbau statt Neubau erreichbar ist.
- mit einer starken Durchgrünung der Stadt dem Klimawandel begegnet wird, sodass dessen bereits sichtbare, auch gesundheitsgefährdende Folgen wie Starkregen und Hitzeinseln abgemildert werden. Das Klimaanpassungskonzept der Hansestadt benennt konkrete Maßnahmen zur Entwicklung einer sogenannten blau-grünen Infrastruktur mit natürlichen Wasserkreisläufen und grünen Landschaftselementen: Gegen Hitzeinseln hilft die Dach- und Fassadenbegrünung – gefördert durch das städtische Programm Klima und Grün in Lüneburg (KLuG) –, gegen Überschwemmungen durch Starkregen sind Versickerungsmulden (z. B. Spiel- und Sportplätze, Parks, entsiegelte Verkehrsflächen sowie versickerungsfähige und begrünbare Parkplätze, Auffahrten und Gewerbeflächen) sinnvoll.

Platz für Gewerbe

Das Primat „Innen- vor Außenentwicklung“ gilt auch bei der An- oder Umsiedlung von Unternehmen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- ein Kataster über ungenutzte oder unternutzte Gewerbeflächen, etwa in der Goseburg oder im Hafen, angelegt wird, um einen Überblick über die Flächennutzung zu gewinnen.
- bei der Vergabe von Gewerbeflächen in Erbpacht die Nachhaltigkeit des Geschäftsmodells und der geplanten Firmengebäude stärker gewichtet wird.
- bei gewerblichen Projekten in neuen Gewerbegebieten wie Bilmer Berg II sowie bei der Genehmigung von Erweiterungen und Umbauten grundsätzlich die Möglichkeit einer mehrgeschossigen Bauweise geprüft wird.
- vor dem Hintergrund des Strukturwandels im Einzelhandel keine Erweiterungen für Fachmarktstandorte am Stadtrand mehr genehmigt werden.

Grüne Netze knüpfen

Wir wollen die Biodiversität in der und um die Stadt herum fördern und vernetzen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- der Grüngürtel, der Lüneburg umgibt, als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen wird.
- die Entwicklung von Naturerlebnisräumen für Kinder und Jugendliche, die Einrichtung von Gemeinschafts(dach)gärten sowie der Ausbau einer sozial-ökologischen und regionalbezogenen Landwirtschaft zur Versorgung der Stadt und des Landkreises gefördert werden, beispielsweise im Kontext Grüngürtel West, bei der Ausweisung von Kompensationsflächen oder auf stadteigenen Äckern.
- der Landschaftsplan überarbeitet und auf dieser Grundlage die Vernetzung von Lebensräumen, insbesondere an bestehenden linearen Strukturen wie Fließgewässern, Bahnstrecken und Industriegleisen und, wo sinnvoll, auch an Straßen (z. B. Ostumgehung), unterstützt wird. Um solche wertvollen Gebiete zu sichern, werden wir zudem die Wahrnehmung städtischer Vorkaufsrechte prüfen.
- städtische Wildnis auf mindestens 2 Prozent der Fläche erhalten bzw. entwickelt wird. Auf Basis des überarbeiteten Landschaftsplans wollen wir Zielräume für Kompensationsmaßnahmen ermitteln und entsprechende Flächen ausweisen.
- Ziele und Maßnahmen im regelmäßig erscheinenden Umweltbericht dargestellt werden. Kompensationsmaßnahmen sollen dort, wo es zielführend ist, zugleich der Förderung von Treibhausgassenken dienen.

Mehr Stadt – weniger Auto

Auch moderne Mobilitätspolitik ist Stadtentwicklungspolitik. Sie entscheidet darüber, wie der öffentliche Raum genutzt wird und wie viel Platz wir Menschen einräumen. Wir wollen Lüneburg zu einer Stadt für Menschen statt für Autos machen. Dadurch wird sie nicht nur klimafreundlicher, sondern insgesamt lebenswerter: Die Luft wird sauberer, der Lärm nimmt ab, es gibt weniger Unfälle und Staus und dafür mehr Raum für Grünflächen, Erholung und Begegnung.

Autos stehen heute im Durchschnitt rund 95 Prozent ihrer Lebensdauer ungenutzt im öffentlichen Raum. Der Autoverkehr in Lüneburg (Straßen und Parkflächen) beansprucht 10 Prozent der Stadtfläche von rund 70 km². Das entspricht etwa 1.100 Fußballfeldern. Wenn nur ein Zehntel dieser Flächen langfristig für andere Nutzungen zur Verfügung stünde, ergäbe sich daraus ein erhebliches städtebauliches Entwicklungspotenzial: Es könnten Wohnhäuser, Grünflächen, Spielplätze und andere Begegnungsräume entstehen.

Zusammenarbeit mit anderen Kommunen: Kirchturmdenken überwinden
Lüneburg ist eine wachsende Stadt, die an ihre Grenzen stößt. Daher müssen wir sie als Teil eines regionalen Entwicklungsraums begreifen, in dem die Wohnungs- und Gewerbeentwicklung gemeinsam mit anderen Kommunen betrachtet wird.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- Lüneburg und angrenzende Kommunen ihre Kräfte bei der Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen, aber auch zur Sicherung von Naherholungsräumen wie den Grüngürteln im Osten und Westen der Stadt, bündeln (interkommunale Zusammenarbeit).
- der Lüneburger Wohnungsmarkt durch Neubau auf Brachflächen, z. B. entlang der revitalisierten Bahnstrecken Richtung Soltau und perspektivisch Bleckede, entlastet wird.
- die LüWoBau ihre Aktivitäten auch jenseits der Stadtgrenzen ausbaut – wie bereits in Reppenstedt geschehen –, um auch in Kommunen des Landkreises bezahlbaren Wohnraum zu entwickeln.

2 Mobilität

Mobilität muss für alle funktionieren, unabhängig von Einkommen, Alter oder Lebenssituation – sicher, selbstbestimmt, klimafreundlich und gerecht. Unser Ziel sind risikoarme Straßen mit sauberer Luft und ausreichend Raum für Kinder und für Erwachsene, insbesondere auch, wenn sie nicht mit dem Auto unterwegs sind.

In der zu Ende gehenden Ratsperiode haben wir für die sozial gerechte Wende hin zu einer zeitgemäßen attraktiven und nachhaltigen Mobilität bereits viele wichtige Schritte unternommen. Beispielsweise haben Fachplaner:innen unter Beteiligung der Stadtverwaltung sowie vieler Bürger:innen und betroffener Interessengruppen einen ganzheitlichen Nachhaltigen Urbanen Mobilitätsplan (NUMP) entwickelt, der alle relevanten Mobilitätsformen betrachtet. Die Umsetzung des NUMP soll nun vorangetrieben werden.

Verkehrsraum sicher und lebenswert gestalten

Der Verkehrsraum muss so gestaltet werden, dass alle Menschen sicher und gleichberechtigt unterwegs sein können. Die Aufenthalts- und Lebensqualität auf Straßen und Plätzen steigt, wenn dem Fuß- und Radverkehr mehr Platz eingeräumt wird. Besonders Kinder, Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen müssen sich auf Geh- und Radwegen, auf Straßen und an Kreuzungen sicher fühlen können. Die Bedürfnisse der schwächeren Verkehrsteilnehmenden müssen Vorrang haben.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- die Wege zu Kitas und Schulen sicherer werden. Dazu gehören Geschwindigkeitsbegrenzungen, sichere Fußgängerüberwege, gute Sichtbeziehungen (z. B. bessere Einsehbarkeit von Einmündungen) und weitere Schulstraßen nach dem Vorbild des Modellprojekts an der Grundschule im Roten Felde. Schulwegpläne sollen gewährleisten, dass Schüler:innen und Eltern die sichersten Wege kennen und nutzen können. Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf an vielen Standorten, vor allem am Schulzentrum Kaltenmoor und an der Grundschule Kreideberg.
- der Verkehrsraum gerechter verteilt wird. Noch wird umweltfreundlicher Verkehr häufig an den Rand gedrängt, während Autos überproportional viel Fläche zugestanden wird. Wir wollen ausreichend Platz für alle

Verkehrsarten schaffen und den Verkehrsraum sozial gerecht, barrierefrei und lebenswerter gestalten.

- die Luftqualität besser wird. Mit einem durchschnittlichen Stickstoffdioxid-Wert von $24,6 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (Messung der Deutschen Umwelthilfe in der Schießgrabenstraße im Oktober 2025) führt Lüneburg das Negativranking in Niedersachsen an. Saubere Luft ist essenziell für die Gesundheit insbesondere von Kindern und älteren Menschen.

Dafür brauchen wir:

- die Möglichkeit, das neue Straßenverkehrsgesetz zu nutzen und Tempo 30 möglichst flächendeckend überall dort einzuführen, wo dies rechtlich zulässig ist, mit entsprechender Umgestaltung der Straßenräume (z. B. Aufpflasterungen).
- mehr Lärmschutz durch konsequente Umsetzung des Lärmaktionsplans.
- mehr Platz für Fußgänger:innen und Radfahrende am gesamten Stadtring, besonders an der Schießgrabenstraße und Vor dem Neuen Tore.
- die Unterbindung von Durchgangsverkehr in Wohnquartieren (z. B. Thorner Straße, Scharnhorststraße).
- Einbahnstraßenlösungen für zu enge Straßen (z. B. Häcklingen: In der Süßen Heide/Häcklinger Weg).
- eine Reduzierung überregionaler Verkehrsströme durch Park & Ride-Angebote.
- die Umwandlung von mehr Parkplätzen in Grünflächen, Spielplätze und Aufenthaltsorte, damit sie der Allgemeinheit zur Verfügung stehen und für alle nutzbar werden. Im Zuge dessen sollten auch temporäre Spielstraßen nach dem Vorbild der Stadt Bremen eingerichtet, d. h. Straßen zu bestimmten Zeiten – z. B. für einen Tag im Monat – für den Autoverkehr gesperrt werden.
- die Stärkung von Quartieren („Superblocks“) mit geteilten Räumen und dauerhaften Spielstraßen zur Verkehrsberuhigung. Dadurch steigt die Aufenthaltsqualität erheblich, wie das bereits umgesetzte Projekt im Wasserviertel zeigt.

Zu Fuß unterwegs

Bedingt durch die historische Altstadt und den begrenzten Raum gelten für Lüneburg besondere Herausforderungen. Der Standard – gut ausgebaute, beleuchtete, barrierefreie Fußwege – das sollte auch in Lüneburg

selbstverständlich sein. Insbesondere vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft hat diese Forderung höchste Priorität.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- Gehwege saniert werden.
- eine Fußverkehrsführung und ein Fußverkehrsnetz (inkl. Beschilderung) umgesetzt werden.
- Querungen und Gehstreifen geschaffen werden, etwa abgeschliffenes Kopfsteinpflaster, damit z. B. Am Sande mittig überquert werden kann.
- die westliche Altstadt für alle barrierearm erreichbar ist. Dies umfasst auch die Absenkung von Bordsteinen an Einmündungen und die Entfernung von Barrieren wie Umlaufgittern. Letztere werden installiert, um motorisierte Fahrzeuge fernzuhalten, sie stellen jedoch eine potenzielle Gefahr für Fußgänger:innen dar.
- weitere Übergänge am Stadtring gebaut werden. Die konsequente Trennung zwischen Fuß- und Radwegen ist notwendig, etwa Vor dem Neuen Tore.
- dass Gehwege frei von Hindernissen sind, d. h. dass das Zuparken konsequent unterbunden und die Nutzung, z. B. durch Außengastronomie, klar geregelt wird.
- an Bedarfsampeln „Bettelampeln“ mit langer Rot-Phase durch Sofortgrün ersetzt werden.
- die Wartezeit an allen Kreuzungen auf max. 60 Sekunden verkürzt wird.
- die Grünzeiten zur Querung der Straßen verlängert werden, z. B. Sültenweg/Am Bargenturm.
- eine Infrastruktur mit weiteren öffentlichen Toiletten und überdachten Sitzbänken geschaffen wird.
- für die konsequente Umsetzung der genannten Maßnahmen für einige Jahre ein:e Beauftragte:r für Fußverkehr und Barrierefreiheit in der Stadtverwaltung eingesetzt wird.

Mit dem Fahrrad unterwegs

Radfahren ist eine der gesündesten, umweltfreundlichsten und in vielen Fällen auch schnellsten Formen, um das Ziel zu erreichen; das gilt vor allem in der Innenstadt. Die technische Entwicklung mit Pedelecs, Lasten- und Dreirädern macht das Rad in immer mehr Fällen zur besten Alternative für Jung und Alt. Deshalb wollen wir den Anteil der Fahrten, die mit dem Rad zurückgelegt

werden, deutlich erhöhen. Das gelingt am besten mit gut ausgebauten Fahrradwegen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- in Lüneburg eine sichere und komfortable Radverkehrsinfrastruktur und ein flächendeckendes Radroutennetz entsteht.
- die Ziele des von mehr als 7.000 Lüneburger:innen unterschriebenen Radentscheids realisiert werden – so wie es der Rat mit großer Mehrheit beschlossen hat. Bisher wurde die Umsetzung oftmals von anderen Fraktionen ausgebremst oder blockiert.
- die Radwege auf den Haupttrouten des Radverkehrs ausgebaut werden.
- im Stadtgebiet fünf Kilometer Radwege pro Jahr neu gebaut oder saniert werden.
- der Fahrradstraßenring um die Innenstadt erweitert wird. Konkrete Planungen für die nächsten Abschnitte liegen bereits vor, etwa für die Ilmenaustraße, den Ochsenmarkt und die Salzstraße.
- weitere Fahrradstraßen über den Fahrradstraßenring hinaus eingerichtet werden, z. B. auf der Achse Barckhausenstraße/Amselweg oder im Lünér Weg.
- die Verkehrssicherheit an Kreuzungen, insbesondere des Stadtrings mit den Prioritäten Sternkreuzung (Lindenstraße/Uelzener Straße) und Rewe-Kreuzung (Vor dem Neuen Tore/Schnellenberger Weg) erhöht wird.
- baulich getrennte Radstreifen („geschützte Radfahrstreifen“) den Fuß- vom Fahrzeugverkehr trennen, z. B. in der Gartenstraße.
- Zuwege zu Bildungseinrichtungen sicherer werden, z. B. durch eine Unterbrechung der Scharnhorststraße für den motorisierten Individualverkehr vor der Universität mittels Errichtung eines Pollers, und durch temporäre autofreie Zonen in der Nähe von Schulen.
- dort, wo der Radverkehr zusammen mit dem Autoverkehr auf der Straße geführt wird, ein Tempolimit von 30 km/h gilt.
- dort, wo Radwege nicht den zeitgemäßen Vorgaben (beschrieben in den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen, ERA) entsprechen, die Radwegenutzungspflicht aufgehoben wird. Dass die Nutzung der Fahrbahn dort zulässig ist, sollte dann für die Autofahrenden klar sichtbar gemacht werden, etwa mit Piktogrammketten, wie sie bereits in der Soltauer Straße angebracht wurden.

- Fahrradabstellanlagen weiter ausgebaut werden. Angesichts der zunehmenden Verbreitung hochwertiger (E-)Fahrräder werden dabei auch mehr gesicherte Fahrradabstellboxen inklusive Lademöglichkeiten benötigt.
- das Fahrradparkhaus am Bahnhof besser gesichert wird. Perspektivisch unterstützen wir einen Neubau.
- das Angebot von StadtRAD konsequent weiter gefördert wird.

Unterwegs mit Bus und Bahn

Mit dem Start der MOIN, die den ÖPNV im Landkreis verantwortet, hat die Mobilitätswende Fahrt aufgenommen. Die Taktung auf vielen Linien hat sich bereits erkennbar verbessert.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- der öffentliche Nahverkehr durch die Einrichtung von Busspuren (z. B. Schifferwall/Schießgrabenstraße, Bockelmannstraße) sowie durch den Ausbau barrierefreier Bushaltestellen gestärkt wird.
- der ZOB und die Zufahrt zum Bahnhof so umgebaut werden, dass sie für alle sicher und gut nutzbar sind.
- die MOIN eine 20-minütige Taktung, einen verlässlichen Nachtverkehr nicht nur am Wochenende und On-Demand-Verkehre einrichtet sowie die Flotte vollständig auf emissionsfreie E-Busse umstellt.
- hvv-switch-Stationen ausgebaut werden, um den Busverkehr mit anderen Mobilitätsformen zu verknüpfen und so den Umstieg auf Bus und Bahn attraktiver zu machen.
- die Bahnstrecken nach Bleckede und nach Soltau, über Amelinghausen mit Anschluss der Universität, reaktiviert werden.
- bei Streckensanierungen ein verlässlicher Schienenersatzverkehr gewährleistet ist.
- die Aufgabenträger Schüler:innen, Senior:innen und Jugendliche ein Monatsticket für den Nahverkehr für 18 Euro und ein bezuschusstes Deutschlandticket für 30 Euro monatlich ermöglichen.

Mit dem Auto unterwegs

Für die Mobilität vieler Menschen spielt der Pkw weiterhin eine wichtige Rolle. Wir unterstützen hierbei den Wandel zu möglichst nachhaltigen Nutzungsformen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- gute Rahmenbedingungen für den weiteren zügigen Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur geschaffen werden. Insbesondere in den Wohnquartieren wird damit auch denjenigen, die keine Lademöglichkeiten am eigenen Haus haben, der Umstieg auf Elektromobilität erleichtert.
- Carsharing-Angebote erweitert werden, etwa durch Bereitstellung geeigneter Flächen und hvv-switch-Stationen.
- die städtischen Parkhäuser durch Sanierungsmaßnahmen attraktiver werden.
- das Parkraummanagement verbessert wird, z. B. im Umfeld des Klinikums, damit Anwohner:innen zuverlässig einen Stellplatz finden
- der Masterplan zur Sanierung beschädigter Straßen konsequent weiterverfolgt wird.

In der Innenstadt unterwegs

Für ein entspanntes Einkaufen und Verweilen in der bei Bürger:innen und Tourist:innen beliebten Lüneburger Innenstadt bedarf es u. a. einer autoarmen Innenstadt.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- unberechtigter Durchgangsverkehr, aber auch Parksuchverkehr z. B. mittels weiterer Poller (wie Am Sande) eingeschränkt wird.
- die unberechtigte Durchquerung der Fußgängerzone durch Radfahrer:innen und E-Scooter mithilfe verstärkter Kontrollen verhindert und so die Fußgängerzone gestärkt wird, damit multifunktionale Erlebnisräume in der Innenstadt gelingen.
- die Innenstadt durch den Ausbau von Erholungsorten und Flaniermeilen weiter aufgewertet wird. Das umfasst die Umgestaltung des Marienplatzes und den Umbau der Ilmenaustraße. Langfristig wollen wir so eine autoarme Innenstadt erreichen.
- die Innenstadt möglichst barrierefrei gestaltet wird, um eine Teilhabe aller zu ermöglichen.

Einsatz für den Stopp der A39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg

Im Rahmen unserer Möglichkeiten auf kommunaler Ebene setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass der von der Autobahn GmbH des Bundes forcierte Neubau der A39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg gestoppt wird. Wir nutzen die Beteiligungsverfahren und stehen mit unserer Ablehnung an der

Seite eines breiten Lüneburger Bündnisses aus Umweltverbänden, Initiativen und engagierten Bürger:innen, das seit Jahren gegen die Autobahn und für den Schutz von Mensch, Natur und Klima eintritt.

Die Gründe unserer Ablehnung des A39-Neubaus sind vielfältig:

- Sein Nutzen steht in keinem Verhältnis zu den ökologischen Folgen und den Kosten. Mehr als 100 km neue Autobahn würden quer durch gewachsene Landschaften und Naturschutzgebiete führen und dabei wichtige Lebensgrundlagen – Moore, Felder und Wälder – sowie Ortschaften zerschneiden.
- Allein der Lüneburger Abschnitt auf der heutigen Ostumgehung ist doppelt so breit geplant wie die jetzige Trasse – eine jahrelange Großbaustelle mitten im bewohnten Stadtgebiet.
- Die Entwurfsplanungen stammen aus dem Jahr 2009 und somit aus einer anderen Zeit. Heute weiß man aus der Erfahrung mit vergleichbaren Projekten: Neue Autobahnen erzeugen vor allem neuen Verkehr.
- Wo Ortschaften tatsächlich unter Durchgangsverkehr leiden, helfen gezielte Verkehrsberuhigung und kleinräumige Ortsumfahrungen schneller und kostengünstiger. Die Milliarden Euro für den Autobahnbau wollen wir dort investieren, wo sie der gesamten Region wirklich nutzen, u. a. in einen verlässlichen Schienenverkehr, Reaktivierung von Strecken und in die Sanierung maroder Brücken und Straßen.

3 Wohnen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und muss für alle Menschen bezahlbar sein. Doch die gegenwärtige Realität sieht leider anders aus: Die Mieten, Immobilienpreise und Baukosten steigen – ebenso wie die Nachfrage nach Wohnraum.

Den Bestand vollständig nutzen

Lüneburg wächst jährlich um 200 bis 400 Menschen, gleichzeitig steigt der Wohnflächenverbrauch je Person. Zudem könnten mittelfristig im Stadtteil Kaltenmoor bis zu 700 Wohnungen im günstigen Preissegment für unbewohnbar erklärt werden, weil der größte deutsche Wohnungskonzern

VONOVIA hier seit Jahren seiner Instandhaltungs- und Sanierungspflicht nicht nachkommt.

Für die Bereitstellung von mehr Wohnraum gibt es keine einfachen Lösungen à la „bauen, bauen, bauen“. Denn mittelfristig wird auch in Lüneburg der demografische Faktor greifen und der Raumbedarf wieder sinken. Für die Zeit bis dahin genügend Wohnfläche anzubieten, ist nur mit einem Mix von Maßnahmen realistisch und nachhaltig.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- die Krise auf dem Wohnungsmarkt entschärft wird – wohl wissend, dass es unmöglich ist, grundlegende Veränderungen allein auf kommunaler Ebene zu erzielen. Die uns in Lüneburg zur Verfügung stehenden Hebel wollen wir umso entschlossener nutzen, damit den Bürgerinnen und Bürgern bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht, während gleichzeitig sorgsam mit Grund und Boden umgegangen wird.
- bei der Schaffung von Wohnraum der Fokus auf Innen- vor Außenentwicklung gelegt wird. Vielerorts könnten durch Dachgeschossausbau, Aufstockung und behutsame Nachverdichtung neue Wohnungen entstehen. Das größte Wohnflächenpotenzial für kostengünstiges Wohnen schlummert in bestehenden Wohngebäuden. In Lüneburg gibt es insbesondere im Bestand der 1950er bis 1970er Jahre ein Potenzial von mehreren tausend Wohnungen. Die neue Landesbauordnung und der „Bau-Turbo“ der Bundesregierung vereinfachen und vergünstigen Maßnahmen wie die Aufstockung von Wohngebäuden oder den Ausbau von Dachgeschossen. Wir müssen die Stadt in die Höhe entwickeln, nicht in die Breite (siehe auch Kapitel 1: Stadtentwicklung). Dadurch werden auch Freiflächen geschont.
- Leerstand kein lukrativer Zustand sein darf. Die Kommunale Leerstandsatzung ist entsprechend anzupassen bzw. zu verschärfen.
- das im Jahr 2025 eingerichtete Wohnraumbüro gesichert und mit mehr personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet wird. Es berät z. B. (alleinstehende) Eigentümer:innen dabei, zu groß gewordene Einfamilienhäuser so in zwei oder mehr Wohneinheiten aufzuteilen, dass sie selbst weiter dort wohnen können und die Vermietung der neuen Wohnungen zur Alterssicherung beiträgt.
- die kommunale Beratung für Mieter:innen ausgebaut wird, die diese dabei unterstützt, ihre Rechte wahrzunehmen. Lüneburg ist vom Land Niedersachsen als angespannter Wohnungsmarkt ausgewiesen. Damit greift die

Mietpreisbremse und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist genehmigungspflichtig.

- die Rechte von Mieter:innen dadurch ausgeweitet werden, dass die Mietschutzsatzung um einen Schutz vor Luxussanierungen erweitert wird, wodurch diese ebenfalls genehmigungspflichtig würden.
- das Quartier rund um den Campus insbesondere mit Blick auf studentisches Wohnen im Zusammenspiel mit der Universität weiterentwickelt wird.
- Impulse aus der Wirtschaft unterstützt werden, die darauf abzielen, Wohnraum für Mitarbeiter:innen und Auszubildende zu schaffen.
- die 2024 nachgeschärfte und verlängerte Zweckentfremdungssatzung konsequent umgesetzt wird. Das heißt: Die illegale Nutzung von Dauerwohnraum als Ferienapartment, etwa über Plattformen wie Airbnb, soll durch eine aktive Nachverfolgung erschwert und reduziert werden. Das betrifft mehrere hundert Wohnungen im Stadtgebiet. Günstiger lässt sich Wohnraum kaum schaffen.

Bauen mit Plan – kostengünstig, sozial und nachhaltig

Beim Neubau setzen wir auf die Umsetzung der 2024 novellierten Niedersächsischen Landesbauordnung sowie des im März 2026 von der rot-grünen Landesregierung vorgestellten Niedersächsischen Wegs zum erleichterten und kostengünstigen Bauen. Damit sollen die Baukosten um etwa ein Drittel auf rund 3.000 Euro/m² gesenkt werden. Im Mittelpunkt stehen das einfache Bauen ohne technischen „Schnickschnack“ (Lowtech), der Verzicht auf teure Bauteile (z. B. Tiefgaragen), die frühzeitige Projektabstimmung von kommunaler Verwaltung und Wohnungsunternehmen sowie die Digitalisierung der Baurechtschaffung. Gesamtziel beim Neubau von Wohnungen ist die Umsetzung innovativer, kostensparender und sozial zielführender Konzepte.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- bei der Ausschreibung städtischer Grundstücke gezielt Entwickler:innen und Bauträger:innen angesprochen werden, die ihre Innovationsbereitschaft und ihr Wissen im Hinblick auf bezahlbares, nachhaltiges Bauen bereits belegt haben. Außerdem sollen Bebauungspläne daraufhin überprüft werden, ob sie seriell Bauen zulassen. Dadurch, dass nicht jedes einzelne Haus komplett neu geplant werden muss, können Planungskosten gesenkt werden. Orientierung geben Best-Practice-Projekte wie das Hildesheimer Modell oder Pilotprojekte des Hamburg-Standard.

- die LüWoBau, Genossenschaften und Baugemeinschaften weiter gestärkt werden, um den Neubau bezahlbarer Wohnungen voranzutreiben. Zudem wollen wir prüfen, ob und wie unsere Stadt – zusammen mit benachbarten Gemeinden – über eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft selbst auf dem Wohnungsmarkt aktiv werden kann.
- je nach der sozioökonomischen Struktur des Standorts mindestens 30 Prozent und bis zu 50 Prozent der entstehenden Wohnfläche für öffentlich geförderten Wohnungsbau ausgewiesen werden. Darüber hinaus sollen in neuen Quartieren 20 Prozent der Wohnfläche für gemeinschaftliche Wohnprojekte (Baugemeinschaften, Kleingenossenschaften, Kollektiveigentum etc.) reserviert werden.
- Baugrundstücke im Eigentum der Stadt gezielt Wohnungsbaugenossenschaften zugänglich gemacht werden, da diese in der Regel nicht gewinnorientiert arbeiten und Wohnungen damit kostengünstiger anbieten können. Die bevorzugte und vergünstigte Vergabe städtischer Flächen ist ein zentrales Instrument von Wohnungspolitik im Dienste der Allgemeinheit.
- nur noch solche Flächen als Bauland ausgewiesen werden, die die Hansestadt zumindest größtenteils zuvor zu einem angemessenen Preis erwerben kann. Zudem sollten – dem sogenannten Münsteraner Modell folgend – die bebaubaren Grundstücke im Zuge einer Konzeptvergabe an den Investor verkauft werden, der die geringsten Mieten garantiert.

4 Wirtschaft

Wir wollen Lüneburg wirtschaftlich so aufstellen, dass erfolgreiches Unternehmertum, ein gutes und auskömmliches Leben sowie Klima-, Arten- und Umweltschutz zusammen gedacht werden. Den generellen Herausforderungen Fachkräftemangel, digitaler Wandel und ökologischer Umbau unserer Wirtschaft wollen wir mit einer aktiven, zukunftsorientierten Stadtpolitik begegnen. Unsere Wirtschaftspolitik knüpft an die Besonderheiten unserer Stadt an: kurze Wege, starke Netzwerke, engagierte Unternehmen, gut ausgebildete Fachkräfte und eine hohe Lebens- und Aufenthaltsqualität.

Gute Arbeit in Lüneburg sichern – Zusammenarbeit von Universität, Handwerk und Mittelstand stärken

Arbeit bedeutet mehr als Einkommen. Sie gibt Sicherheit, bringt Anerkennung und fördert das gute Gefühl, Teil dieser Stadt zu sein. In Lüneburg arbeiten Menschen in ganz unterschiedlichen Bereichen: im Handwerk, in Unternehmen, in Schulen, in der Wissenschaft und im Dienstleistungssektor. Uns geht es um diese Menschen, die Lüneburg tagtäglich mit Leben füllen.

Wir denken Wirtschaft auch aus Sicht der Arbeitenden und machen Wirtschaftspolitik nicht nur für Unternehmen. Denn wir wollen, dass Werte wie Solidarität, Menschlichkeit und gleichberechtigte Teilhabe in der Arbeitswelt konsequent gelebt werden. Wir eröffnen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen neue Perspektiven und sorgen dafür, dass Wertschöpfung, Wissen, Erfahrung und Engagement in unserer Stadt bleiben.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- Arbeitsplätze in Lüneburg gehalten und neue Arbeitsplätze vor allem in nachhaltigen und innovativen Branchen vor Ort geschaffen werden.
- hiesige Unternehmen von den kurzen Wegen zur Leuphana Universität Lüneburg, zur Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie, zu berufsbildenden Schulen und zur Volkshochschule profitieren, um passende Fachkräfte zu gewinnen und weiterzubilden.
- Unternehmensnachfolgen, insbesondere im Handwerk, frühzeitig begleitet und innovative Formate wie Genossenschaften ermöglicht werden, um Betriebe und Know-how in Lüneburg zu halten. Deshalb haben wir bereits die Funktion des Wirtschaftslotsen geschaffen und besetzt.
- die gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt – u. a. für Erziehungsberechtigte, geringer qualifizierte Menschen, Jugendliche mit persönlichen und sozialen Schwierigkeiten, Menschen mit Behinderungen – gefördert wird und Quereinstiege, Teilzeitausbildung und flexible Ausbildungsmodelle ausgebaut werden, wobei die Stadt Lüneburg und ihre Gesellschaften als sichtbare Vorbilder vorangehen.
- das Erfahrungswissen älterer Menschen in Lüneburg stärker genutzt wird, etwa durch lokale Mentoring-Programme für junge Fachkräfte, Gründer:innen und Auszubildende.
- erfolgreiche Lüneburger Formate für junge Menschen, wie das Azubi Wheel und die Nacht der Ausbildung, dauerhaft gesichert und weiterentwickelt werden.

- Lüneburg als aktives Mitglied der Süderelbe AG – einer zentralen Plattform für Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung in Norddeutschland – seine Position als attraktiver Standort für kleine und mittlere Unternehmen sowie als Arbeits- und Wohnort für Fachkräfte in der Metropolregion Hamburg festigt.

Nachhaltig wirtschaften in Lüneburg – Verantwortung für morgen übernehmen

Lüneburg hat das Potenzial, ein Leuchtturm für eine klimaneutrale Wirtschaft zu werden. Wir wollen diesen Wandel gestalten. Wirtschaftlicher Erfolg und Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit der Stadt gehören zusammen. Deshalb müssen Klima-, Arten- und Umweltschutz noch konsequenter die Art und Weise prägen, wie wir wirtschaften. Wir wollen vorhandene Stärken weiterentwickeln, neue Chancen nutzen und Unternehmen in Lüneburg auf diesem Weg tatkräftig begleiten. So entsteht eine Wirtschaft, die auch morgen noch trägt – ökologisch, sozial und ökonomisch.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- Unternehmen, die sich konsequent auf den Weg der ökologischen und sozialen Transformation begeben, in Klima-, Arten- und Umweltschutz investieren und ihre Nachhaltigkeitsleistung steigern wollen, Zugang zu Know-how und Förderungen erhalten.
- Handwerksbetriebe in Lüneburg eine zentrale Rolle in den Bereichen Klimaschutz, Gebäudesanierung, Reparatur und Energieeffizienz einnehmen und dass ihr Erhalt und die Neuansiedlung entsprechender Betriebe gezielt gefördert werden.
- neue Gewerbeflächen wie Bilmer Berg II als klimafreundliche Gewerbegebiete mit erneuerbaren Energien als Strom- und Wärmequellen, Begrünung und guter ÖPNV- und Rad-Anbindung entwickelt werden.
- Anreize für die lokale bzw. regionale Produktion und kurze Lieferketten gesetzt werden.
- kommunale Entscheidungen nachhaltiges Wirtschaften sichtbar belohnen – etwa bei der Flächenvergabe, beim Zugang zu Förderungen oder anderen lokalen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und bei der Festsetzung der Gewerbesteuer.
- der Wirtschaftslotse der Stadt Lüneburg als verlässliche Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft erhalten bleibt, um Unternehmen durch Förderlandschaften, Verwaltungsprozesse und Transformationsvorhaben zu begleiten.

- Lüneburg Zukunftstechnologien für die Energiegewinnung und -einsparung fördert und lokale Netzwerke dafür aufbaut.
- die Wirtschaftsförderung Lüneburg gezielt Unternehmen unterstützt, die hier Innovationen schaffen, wachsen und zur nachhaltigen Entwicklung der Region beitragen wollen.
- Ansätze der Kreislaufwirtschaft branchenübergreifend gefördert werden, damit Ressourcen geschont und Abfälle zunehmend recyclingfähig werden.

Innovatives Lüneburg – Ideen wachsen lassen, Wissen nutzen, Zukunft schaffen

Lüneburg ist eine Stadt der Ideen. Die Nähe von Universität, Betrieben, Start-up- und Innovationszentrum e.novum, Wirtschaftsförderung Lüneburg, Gründungsinitiativen und engagierten Menschen schafft ein Umfeld, in dem schnell Neues entstehen kann. Wer hier gründet oder einen Betrieb übernimmt, findet offene Türen für Innovationen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- Lüneburg die Gründungsbegeisterung in Niedersachsen nutzt und seine Funktion als niedersächsischer Start-up-Standort durch finanzielle Förderung, Beratung, Infrastruktur und Ressourcen ausbaut – insbesondere für nachhaltige, soziale und digitale Geschäftsmodelle.
- die Zusammenarbeit zwischen der Universität und Unternehmen – gerade im Bereich Umweltwissenschaften und Nachhaltigkeit – verstärkt wird, Ausgründungen aus der Universität gezielt unterstützt werden und Forschungsergebnisse leichter ihren Weg in die regionale Wirtschaft finden.
- Gründungen durch FLINTA*-Personen (Frauen, Lesben, Inter-, nichtbinäre-, trans- und agender Personen) und Personen, die aufgrund anderer Faktoren wie Herkunft, Alter oder Behinderung benachteiligt sind, begleitet werden, beispielsweise durch ein gezieltes Mentoring-Programm und spezifische Förderangebote.
- bestehende Netzwerke aus Coworking-Spaces, IHK und Handwerkskammer, Banken, Unternehmen und Stadt gestärkt und ihre Angebote für Mitglieder und Gründer:innen sichtbar gemacht werden.
- Formate entstehen, in denen sich Menschen mit Ideen und Menschen, die Ideen gut umsetzen können, finden und gemeinsam gründen können.
- Räume und Veranstaltungsformate geschaffen werden für alle, die sich und ihre Konzepte ausprobieren wollen, und in denen Best Practices von Unternehmen vorgestellt werden.

- die von der Hansestadt unterstützte LünePartnerschaft als branchenübergreifendes Netzwerk der vielfältigen Lüneburger Unternehmen ausgebaut wird, um den Standort zu stärken und Hidden Champions als Arbeitgeber:innen sichtbar zu machen.
- unternehmerisches Denken an Lüneburger Schulen gefördert wird, etwa durch Schüler:innenfirmen, Gründungsprojekte und Kooperationen mit lokalen Betrieben.

Lüneburgs Innenstadt beleben – Wirtschaft, Wohnen und Begegnung verbinden

Die Innenstadt ist das Herz Lüneburgs. Hier treffen sich Menschen und hier entscheidet sich, wie lebendig unsere Stadt erlebt wird. Handel, Gastronomie, Wohnen, Kultur und Begegnung gehören für uns zusammen. Wir wollen eine Innenstadt, die einlädt, verbindet und für alle zugänglich ist. Eine starke Innenstadt ist jedoch kein Selbstläufer – sie braucht neue Ideen und den Mut, Räume anders zu nutzen als zuvor.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- Leerstände in der Lüneburger Altstadt flexibel und kreativ genutzt werden – für neue Gastronomie aus aller Welt, innovative regionale und internationale Einzelhandelskonzepte, Start-ups und Kultur.
- in der Innenstadt ein noch interessanterer Branchenmix entsteht, der noch mehr Kaufkraft lokal bindet.
- für nichtkommerzielle Projekte wie Tauschräume, Repair-Cafés und Unverpacktläden geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Klimafreundlicher Tourismus – herzlich willkommen in Lüneburg!

Klima-, Arten- und Umweltschutz muss noch konsequenter auch unser Angebot für Gäste in und um Lüneburg prägen. Wir wollen einen nachhaltigen Tourismus gestalten, der zu unserer schönen Stadt passt und gleichzeitig den Einwohner:innen zugutekommt. Unsere Lage, unsere Infrastruktur und unser hoher Freizeitwert bieten dafür beste Voraussetzungen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- Lüneburg noch fahrradfreundlicher wird und seine Lage an überregionalen Radwegen, am Jakobsweg und nahe der Elbe gezielter für nachhaltigen Tourismus nutzt.

- der Radtourismus – auch für ältere Menschen und E-Bike-Nutzer:innen – durch eine gute Infrastruktur und Serviceangebote wie Bett & Bike, sichere Fahrradunterstände und eine mobile Fahrradwerkstatt gestärkt wird.
- die hohe Aufenthaltsqualität für tage- und wochenweise Aufenthalte weiter steigt.
- touristische Angebote dabei so gestaltet werden, dass sie auch für die Menschen attraktiv sind, die in Lüneburg wohnen.

5 Klimaschutz und Energiewende

Klimaschutz ist eine zentrale Aufgabe der Kommunen: Städte und Gemeinden weisen Flächen für Windkraft und Photovoltaik aus, gestalten Bebauungspläne und entscheiden über die zukünftige Wärmeversorgung. Zudem setzen Kommunen nachhaltige Verkehrslösungen um. Die großen Ziele werden zwar auf Bundes- und Landesebene formuliert – realisiert werden sie jedoch vor Ort.

Beim Klimaschutz gilt es, entschlossen zu handeln. Jedes Zehntelgrad Erderwärmung weniger reduziert die Risiken für Mensch, Natur und Wirtschaft. Die Folgen der Klimaveränderung sind längst spürbar – auch bei uns: Heiße, trockene Sommer haben unsere Wälder stark geschädigt. Zum Jahreswechsel 2023/2024 waren weite Teile Niedersachsens von Überschwemmungen betroffen. Straßen und Wohnungen standen unter Wasser, landwirtschaftliche Flächen wurden zerstört. Diese Entwicklungen zeigen: Klimaschutz ist kein abstraktes Zukunftsthema, sondern eine konkrete Gegenwartsaufgabe.

Der vom Rat der Stadt mit großer Mehrheit beschlossene Klimaschutzplan muss fortgeschrieben und forciert umgesetzt werden, wobei die Maßnahmen mit hohem CO₂-Einsparpotenzial zu priorisieren sind. Die angestrebte Reduzierung von Treibhausgasen wurde bisher nicht erreicht.

Um die CO₂-Emissionen, die die Klimakrise befördern, zu reduzieren, muss der Einsatz erneuerbarer Energien im Sinne einer echten Energiewende entschieden vorangetrieben werden. Zugleich müssen wir Menschen uns an die bereits eingetretenen und künftig unvermeidbaren Folgen der Klimakrise anpassen.

Ausbau der erneuerbaren Energien

Die Nutzung erneuerbarer Energien muss weiter forciert werden. Durch den Umbau des Energiesystems reduzieren sich nicht nur die CO₂-Emissionen – zugleich werden unsere Resilienz und unsere Wirtschaft gestärkt.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

generell die Abhängigkeit von Energielieferungen aus Krisenregionen und Diktaturen reduziert wird. Statt dass Milliarden Euro für den Einkauf von Energie abfließen, sollte die Wertschöpfung in Deutschland und in unserem Landkreis bleiben.

unser Energiesystem widerstandsfähiger gegenüber Ausfällen aufgrund von Extremwetter wird. Das gelingt dank der Dezentralität und Flexibilität erneuerbarer Energien. Großkraftwerke hingegen sind deutlich anfälliger für Störungen und Angriffe unterschiedlichster Art.

Der Ausbau der Photovoltaik in Lüneburg muss mit unverminderter Dynamik voranschreiten.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- jede dafür geeignete bereits versiegelte Fläche in Lüneburg für die Solarstromerzeugung genutzt wird. Dabei kommt der Kommune eine Vorbildfunktion zu: Geeignete Dächer städtischer Gebäude sollen in den nächsten Jahren konsequent mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden.
- Parkplätze Teil der Energiewende werden. Große Parkplätze können künftig auch sauberen Strom erzeugen. Supermärkte, Baumärkte, Behörden, Betriebe und Park & Ride-Anlagen verfügen über riesige versiegelte Flächen, die den Großteil des Tages in der Sonne liegen, ohne dass auf diese kostenlose Energiequelle zurückgegriffen wird.
- neben versiegelten Flächen, wie Dächern und Parkplätzen, die eindeutig Vorrang haben, in begrenztem Umfang auch Freiflächen für die Erzeugung von Solarstrom genutzt werden. Deshalb sollte das städtische Freiflächen-PV-Konzept zügig realisiert und dabei die ökologische Gestaltung der Flächen berücksichtigt werden.

Künftige Wärmeversorgung

Am 19. Juni 2025 und damit deutlich vor Ende der gesetzlichen Frist hat der Rat der Hansestadt Lüneburg seinen Plan für die Wärmewende, die kommunale Wärmeplanung, einstimmig beschlossen. Sie zeigt auf, in welchen Gebieten eine individuelle Heizung sinnvoll bleibt und wo perspektivisch Nah- oder Fernwärme auf Basis erneuerbarer Energien wirtschaftlicher und

nachhaltiger sind. Damit schafft sie Planungssicherheit für Hauseigentümer:innen und Unternehmen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- bei der Umsetzung der Kommunalen Wärmewende auch bislang ungenutzte Potenziale konsequent erschlossen werden, etwa Abwärme aus Gewerbe und Industrie sowie Wärme aus Abwasser.
- dort, wo die kommunale Wärmeplanung eine Fern- oder Nahwärmeversorgung als wirtschaftlich sinnvoll ausweist, diese zügig ausgebaut wird. Das entlastet viele Haushalte von hohen Einzelinvestitionen in eigene Heizungsanlagen.
- bestehende Wärmenetze technisch und wirtschaftlich weiterentwickelt werden und die Preisbildung für Kund:innen transparent und nachvollziehbar gestaltet wird.
- dort, wo mehrere Gebäude dicht beieinanderliegen, aber kein Fernwärmenetz in der Nähe ist, kleine gemeinschaftlich betriebene Wärmenetze als eine sinnvolle Alternative zur Einzelheizung entstehen können. Solche Modelle wollen wir prüfen, begleiten und organisatorisch unterstützen.
- eine Transformation der Erdgasversorgung frühzeitig und transparent geplant wird. Denn bei sinkenden Anschlusszahlen an das Gasnetz können Mehrbelastungen für die verbleibenden Kund:innen entstehen – das gilt es zu vermeiden.
- die Hansestadt bei ihren eigenen Gebäuden mit gutem Beispiel vorangeht. Mit einem systematischen Energiemonitoring sollen die Energieverbräuche städtischer Liegenschaften erfasst und ausgewertet werden. Auf dieser Grundlage können gezielt Investitionen in Effizienzmaßnahmen und energetische Sanierungen priorisiert, umgesetzt und überprüft werden.

Anpassung an die Folgen des Klimawandels

Die Folgen des Klimawandels werden zunehmend spürbar und wirken sich auf die Gesundheit der Menschen und die Natur aus. Um die Lebensqualität dauerhaft zu erhalten, müssen schon jetzt Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden. Hitzeschutz in unseren Städten, Schutz vor Starkregen und Überschwemmungen sowie eine klimaresiliente Stadtentwicklung sind deshalb zentrale kommunale Aufgaben.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- angesichts zunehmender Hitzetage ein kommunaler Hitzeaktionsplan entwickelt und fortgeschrieben wird. Das Ziel ist, besonders gefährdete Gruppen – insbesondere Kinder, ältere Menschen, Pflegebedürftige und chronisch Erkrankte – wirksam zu schützen. Das umfasst frühzeitige Informations- und Warnsysteme, Trinkwasserangebote im öffentlichen Raum sowie abgestimmte Maßnahmen mit Pflegeeinrichtungen, Schulen und Kitas.
- Stadtgrün systematisch erweitert und weiterentwickelt wird. Bäume verbessern die Aufenthaltsqualität, spenden Schatten und haben einen kühlenden Effekt. Neben neuen Baumpflanzungen sollen auch Grünzüge, Parks und naturnahe Freiflächen erhalten und miteinander verbunden werden. Eine grüne Infrastruktur ist aktiver Klimaschutz und erhöht zugleich die Lebensqualität.
- die Begrünung von Fassaden und Dächern durch Beratungsangebote und Anreize für private Eigentümer:innen gefördert wird.
- wo möglich, versiegelte Flächen zurückgebaut werden. Jede entsiegelte Fläche verbessert das Stadtklima, fördert die Versickerung von Regenwasser und mindert die Gefahr von Überflutungen.
- dauerhaft ein Klimaanpassungsmanagement eingerichtet wird. Seit 2023 verfügt die Hansestadt Lüneburg über ein solches Management, das bis 2028 über Fördermittel finanziert wird. Klimafolgenanpassung ist jedoch eine langfristige Aufgabe, die auch jenseits des Förderzeitraums fortgesetzt werden muss.

Übergreifende kommunale Klimaschutzmaßnahmen

Die Hansestadt hat in ihrem direkten Einflussbereich vielfältige Möglichkeiten, den Energie- und Rohstoffverbrauch und somit Auswirkungen auf das Klima dauerhaft zu reduzieren.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- ein verbindlicher Klimavorbehalt für alle politischen und administrativen Maßnahmen der Hansestadt eingeführt wird. Das heißt: Investitionen, Programme und Satzungen sind künftig systematisch auf ihre Klimaauswirkungen zu prüfen und transparent zu bewerten. Maßnahmen mit negativen Auswirkungen sind detailliert zu begründen und nur zulässig, wenn ein übergeordnetes öffentliches Interesse besteht und keine klimafreundlichen Alternativen verfügbar sind.

- die kommunale Beschaffung stärker an Klimakriterien ausgerichtet wird. Bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen sowie bei Bauvorhaben sollen – im Rahmen des geltenden Vergaberechts – Energieeffizienz, Langlebigkeit und CO₂-Reduktion berücksichtigt werden.
- der kommunale Fuhrpark dort, wo dies technisch und wirtschaftlich möglich ist, auf klimafreundliche Antriebe umgestellt wird.
- bei der Vergabe kommunaler Grundstücke und in städtebaulichen Verträgen hohe energetische Standards verbindlich werden.
- im Sinne des verbindlichen Klimavorbehalts insbesondere im Bauwesen neue Maßstäbe gesetzt werden. Das heißt: stärkere Nutzung ressourcenschonender und klimaverträglicher Baumaterialien bei Neubauvorhaben und Schaffen von Anreizen für innovative, nachhaltige Baukonzepte, etwa über Bebauungspläne und städtebauliche Verträge.

6 Naturschutz

Der Verlust der Artenvielfalt ist eines der größten Umweltprobleme unserer Zeit: Sowohl global als auch vor unseren Haustüren ist es um unsere Natur nicht gut bestellt: Die Hälfte der 11.000 niedersächsischen Tier- und Pflanzenarten ist bedroht, rund 62 Prozent aller Wildbienenarten sind in ihrem Bestand gefährdet. Bundesweit sind in den vergangenen Jahren bereits 12 Millionen Vogelbrutpaare verschwunden. Gemeinsam mit Umweltverbänden haben wir Grünen in Niedersachsen deshalb den Schutz unserer Natur und unserer heimischen Arten mit einem „Volksbegehren Artenvielfalt“ entscheidend vorangebracht. Aus diesem Volksbegehren ist der „Niedersächsische Weg“ entstanden, bei dem wichtige Weichenstellungen für den Naturschutz im Konsens zwischen Politik, Landnutzer- und Naturschutzverbänden vorgenommen werden konnten. Nun gilt es, diesen Konsens vor Ort umzusetzen und in diesem Sinne auch in örtlicher Zuständigkeit zu agieren.

Wir setzen uns für eine deutliche Verbesserung des Natur- und Artenschutzes bei gleichzeitiger Kostenersparnis für die Stadt ein. Angestrebt wird eine wahrnehmbare Erhöhung der Biodiversität.

Wir setzen uns dafür ein, dass beim Flächenschutz und in der Bauleitplanung

- baldmöglichst keine zusätzlichen Flächen mehr in Anspruch genommen werden: Neue Wohnungen müssen vordringlich im bereits bebauten Bereich entstehen.
- Eingriffe in die Natur aufgrund der Ausweisung von Bauflächen durch Aufwertungen an anderer Stelle vollständig kompensiert und deren Umsetzung stärker als bisher überwacht werden.
- bestehende Überschwemmungsgebiete konsequent von weiterer Bebauung freigehalten werden und das „Schwammstadt“-Prinzip stärker als bisher realisiert wird, z. B. durch verstärkte Entsiegelungsmaßnahmen.

Wir setzen uns dafür ein, dass beim Naturschutz im Siedlungsbereich ...

- öffentliche und stadtteigene Grünflächen naturnah gestaltet und gepflegt werden, soweit das mit ihrer eigentlichen Zweckbestimmung vereinbar ist. Dazu gehören ein späterer Beginn der Mahd und eine signifikante Verlängerung der Mähabstände, die Anpflanzung standortangepasster und insektenfreundlicher heimischer Pflanzen sowie die Reduzierung der Beschneidung und Fällung von Sträuchern und Bäumen unter Beachtung der Verkehrssicherungspflicht.
- bestehende Alleen und Baumreihen geschützt und an stadtteigenen Straßen neue Alleen angelegt werden, soweit das mit der Verkehrssicherheit vereinbar ist.
- ein Verbot von Streusalz mit Ausnahme der Hauptverkehrsstraßen erlassen wird.
- die Lichtverschmutzung reduziert wird, z. B., indem veraltete Straßen- und Fassadenbeleuchtung durch insektenfreundliche Leuchtmittel ersetzt wird.
- überprüft wird, inwieweit das Verbot von Feuerwerken ausgeweitet werden kann, etwa auf die Sülzwiesen und andere Flächen, die sich in der Nähe von Naturschutzgebieten befinden.
- mindestens 10 Prozent der Stadtfläche als Biotopverbund geschützt werden. Das können Hecken, Alleen, Feldgehölze, Kleingewässer, Wegseitenräume, Feldraine etc. sein.
- die naturnahe Umgestaltung privater Gärten gefördert wird, z. B. durch die Zurückdrängung von Kirschlorbeer und Thuja, eine Positivliste für Pflanzen in Neubaugebieten sowie Aufklärungs-, Beratungs- und Schulungsangebote für die Bevölkerung.
- Kleingärten erhalten und vor Bebauung geschützt werden.

- ein Nachtfahrverbot für Mähroboter erlassen wird, entweder bundesweit oder durch eine Allgemeinverfügung des Landrats.
- die Stadt darüber hinaus an Gartenbesitzer:innen appelliert, zum Schutz von Igel und anderen Tieren auf den Einsatz von Mährobotern möglichst auch am Tage zu verzichten.
- eine Aufklärungskampagne über die Schädlichkeit von Laubbläsern und -saugern initiiert wird, um über die Risiken dieser Geräte für Böden und die sich dort aufhaltenden Lebewesen wie Igel, Würmer und Insekten zu informieren.
- die Verwendung von Laubbläsern und -saugern durch die AGL oder Firmen, die von der Stadt mit der Durchführung von Arbeiten beauftragt wurden, eingeschränkt wird.
- freilaufende Katzen kastriert werden müssen, um ihrer unkontrollierten Vermehrung entgegenzuwirken und so die bereits stark reduzierten Bestände einheimischer Vogelarten zu schützen.
- die Bereitstellung der neuartigen Aufkleber mit Musterung für Glasscheiben gefördert wird, um Vogelschlag zu verhindern.
- Freilaufflächen für Hunde ausgewiesen werden (Dog Runs).

Wir setzen uns dafür ein, dass im Hinblick auf den Schutz von Biotopverbänden, Gewässern, Landwirtschaft und Wald ...

- landwirtschaftliche Nutzflächen im Eigentum der Stadt oder der Gemeinde bei Neuverpachtung oder Auslaufen des bestehenden Pachtvertrags nach den Kriterien des ökologischen Landbaus bewirtschaftet werden.
- Wald im Eigentum der Stadt weiter zu einem naturnahen, klimastabilen Wald umgebaut und ein nennenswerter Anteil dauerhaft aus der Nutzung genommen wird.
- die zum Teil noch vorhandenen Entwässerungsgräben in unseren kommunalen Wäldern zurückgebaut werden, um den Grundwasserspiegel zu erhöhen und den Wald vor Dürreschäden zu schützen.
- die Qualität natürlicher Gewässer wie der Ilmenau verbessert und hierfür die Einleitung von Niederschlagswasser von Straßen sowie von Abwässern aus Privathaushalten und gewerblichen Liegenschaften reduziert wird.
- die Genehmigungen für Grundwasserentnahmen durch Industrie und Landwirtschaft überprüft und ihre Verlängerung unter Berücksichtigung der Dürren der letzten Jahre und der sinkenden Grundwasserbestände bewertet werden.

- ein Moratorium für neue Grundwasserentnahmen (Erstanträge) bis zur Fertigstellung des gemeinsam mit dem Landkreis Lüneburg beauftragten Wassermanagementkonzepts eingeführt wird.
- der Erhaltungszustand bestehender Naturschutzgebiete außerhalb der NATURA 2000-Gebiete, insbesondere der Erhalt des Naturschutzgebiets Kalkberg, verbessert wird.
- Bemühungen, bedrohte Tierarten wie Amphibien, Fledermäuse, Eulen und Igel zu schützen, verstärkt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass zur Förderung ökologischen Engagements ...

- die ehrenamtliche Arbeit der Naturschutzverbände und -vereine unterstützt wird.
- Preise und Prämien für besonders artenreiche Kleingartenanlagen und private Gärten, analog zur „Grünen Hausnummer“, ausgelobt werden.
- auch für Unternehmen ein Biodiversitätspreis ausgeschrieben wird.
- die Kreisnaturschutzstiftung, die als wichtiger Vermittler zwischen Land- und Forstwirtschaft, Umweltverbänden und Kommunalverwaltung wirkt, gestärkt wird.

7 Bildung

Wie kaum eine andere Institution spiegeln Kitas und Schulen die Vielfalt unserer Gesellschaft wider. Hier kommen Kinder und Jugendliche mit ungleichen Hintergründen zusammen: Sie wachsen in vielfältigen Familienkonstellationen sowie materiellen und sozialen Rahmenbedingungen auf, haben verschiedene Nationalitäten, sprechen verschiedene Sprachen und fühlen sich verschiedenen Religionen zugehörig. Sie haben ganz eigene körperliche, kognitive und motivationale Voraussetzungen und unterschiedliche Interessen; ihre (Lern-)Erfahrungen und Begabungen sind ebenso vielfältig wie ihr Unterstützungsbedarf.

Diese Vielfalt ist ein großer Reichtum, weil sie allen Akteur:innen im Bereich Bildung die Chance bietet, ihren eigenen Horizont zu erweitern. Gleichzeitig ist sie herausfordernd, weil alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von ihrer Herkunft – mit ihren individuellen Stärken und Schwächen bestmöglich gefördert werden sollen. Unser Ziel ist eine hochwertige, chancengerechte

und inklusive Bildung, die Türen öffnet und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Die hierfür erforderlichen finanziellen Ressourcen sollten ohne Zweckbindung genutzt werden können, um Bildungsgerechtigkeit voranzubringen.

Wir setzen uns dafür ein, dass im Hinblick auf die vorschulische Bildung ...

- in den Kitas eine für alle zugängliche, pädagogisch anspruchsvolle frühkindliche Bildung angeboten wird, die insbesondere auch die Sprachentwicklung der Kinder fördert; denn Sprache ist eine wesentliche Voraussetzung für ein gelingendes Miteinander. Um die Bedarfe und Herausforderungen der Einrichtungen ermitteln sowie die Verteilung von finanziellen und personellen Mitteln adäquat steuern zu können, ist auf einen städtischen Sozialindex zurückzugreifen, der Ressourcen gezielt dorthin steuert, wo sie am dringendsten gebraucht werden.
- der Beruf Erzieher:in attraktiver wird, um die Betreuung und frühkindliche Bildung durch einschlägig qualifiziertes Personal zu gewährleisten. Dabei wollen wir an bestehenden Maßnahmen wie der Einrichtung kleinerer Gruppen festhalten und – wo erforderlich und möglich – die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sowie deren Bezahlung verbessern.

Wir setzen uns dafür ein, dass in der schulischen Bildung ...

- Ganztagsangebote sowohl quantitativ als auch qualitativ weiter ausgebaut und durch zusätzliche Ressourcen unterstützt werden. Dabei soll die Personalausstattung anhand eines städtischen Sozialindex gesteuert und bedarfsgerecht aufgestockt werden. Die Palette der verfügbaren Nachmittagsaktivitäten wollen wir durch schulübergreifende Kooperationen sowie die Zusammenarbeit mit außerschulischen Anbietern aus den Bereichen Sport, Musik, Kunst, Kultur usw. ergänzen.
- alle Schüler:innen in der Ganztagsbetreuung ein gesundes, abwechslungsreiches Schulessen erhalten, das auch mindestens ein veganes Menü umfasst und möglichst auf regional erzeugten Bio-Lebensmitteln basiert. Kindern und Jugendlichen, die Leistungen für Bildung und Teilhabe beziehen, sind die anfallenden Kosten diskriminierungsfrei zu erlassen, z. B. durch die Einführung eines Chipkarten-Bezahlungssystems. Zu überprüfen ist, ob und inwieweit der derzeit erforderliche Verwaltungsaufwand für die Beantragung einer Kostenbefreiung, die Abrechnung mit Catering-Unternehmen usw. die Forderung nach einem kostenlosen Mittagessen für alle Lernenden rechtfertigt.

- Schulen ein Lern- und Lebensort sind, an dem nicht nur Kompetenzen aufgebaut werden, sondern auch die psychische Gesundheit von Lehrenden und Lernenden in den Blick genommen, erhalten und gestärkt wird. Im Schulalltag gelebte Demokratie, Respekt, Toleranz und gegenseitige Rücksichtnahme leisten dazu einen wesentlichen Beitrag. Zudem brauchen wir ansprechende Räumlichkeiten, die zum Verweilen und Arbeiten einladen, damit Schulen von reinen Lern- zu Lebensorten werden. Hierfür sollen Ruheorte und Orte, an denen Ansprechpersonen für die Lernenden zur Verfügung stehen, mitgedacht werden. Denkbar wäre z. B. eine Zusammenarbeit mit der Jugendberufsagentur.
- eine geschlechtsneutrale Toilette in allen Schulen bereitgestellt wird.
- der „Freiräume-Prozess“ – und damit eine zukunftsorientierte Entwicklung von Schulen – vorangetrieben wird, z. B. durch eine Öffnung für die Beteiligung von Schüler:innen an der Organisation von Lehr-Lern-Prozessen, Projekte wie „Frei Day“, die den Lernenden festgelegte Zeiträume für selbstbestimmtes Lernen oder zivilgesellschaftliches Engagement bieten.
- weitere Gesamtschulplätze geschaffen werden, u. a. durch den Schritt zur Sechszügigkeit Integrierter Gesamtschulen. Ziel ist es, dass alle Schüler:innen, die sich das wünschen, einen wohnortnahen Gesamtschulplatz bekommen. Dem liegt die wissenschaftlich belegte Einsicht zugrunde, dass längeres gemeinsames Lernen die Bildungschancen aller Kinder und Jugendlichen stärkt und damit die Bildungsgerechtigkeit erhöht.
- Insbesondere die Situation an der Oberschule am Wasserturm sollte verbessert werden. Dafür muss das Gebäude bei sämtlichen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen vorrangig behandelt werden.
- der Ausbau des WLAN an allen Schulen vorangetrieben wird, damit alle Lernenden, unabhängig vom privat nutzbaren Datenvolumen, Zugang zum Internet und zu den darüber verfügbaren Lehrinhalten haben.
- Inklusion zu einem gemeinschaftlichen Anliegen der Schullandschaft wird. Lernende mit körperlichen, psychischen und geistigen Beeinträchtigungen oder Lernbehinderungen sind hier ebenso zu berücksichtigen wie neurodivergente Schüler:innen. Dabei kann die neu geschaffene Stelle für schulische Inklusion unterstützen. Der Bildungspakt, ein 2026 gefasster Grundlagenbeschluss von Politik und Verwaltung, setzt ebenfalls ein wichtiges Zeichen. Er signalisiert Schulen, Schüler:innen und Erziehenden, dass Bildung in Lüneburg einen besonders hohen Stellenwert hat. Mittel aus dem Bildungspakt ermöglichen die Weiterentwicklung von Schulen zu inklusiven Lernorten, z. B. durch Investitionen für bauliche Maßnahmen und die

Finanzierung von Klassenassistenzen, die den Schulalltag im Klassenverband begleiten und so dazu beitragen, individuelle Bedarfe abzudecken.

- bei der Gestaltung einer kommunalen Ausbildung von Klassenassistenzen Schüler:innen ein Mitspracherecht haben, damit deren Interessen adäquat vertreten werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass in der beruflichen Bildung ...

- gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels Berufsausbildung eine attraktive Alternative zum Studium bleibt bzw. zu einer solchen Alternative wird. In diesem Zusammenhang ist die Attraktivität von Handwerksberufen herauszustellen. Das setzt eine frühzeitige, kontinuierliche Berufsorientierung voraus, in deren Rahmen gemeinsam mit den Lernenden, ausgehend von ihren Interessen und Begabungen, berufliche Perspektiven erörtert und idealerweise praktisch erprobt werden können. Um diesen Prozess zu befördern, befürworten wir eine intensive Kooperation zwischen Schulträgern, Betrieben und IHK.
- Schüler:innen von fachlich und pädagogisch qualifizierten Berufsschullehrkräften auf die Anforderungen einer sich stetig im Wandel befindenden Berufs- und Arbeitswelt vorbereitet werden. Darüber hinaus sollen berufsbildende Schulen hierfür digitale Endgeräte und einen professionellen technischen Support sowie technische Anlagen und Geräte erhalten, die aktuellen berufsspezifischen Anforderungen gerecht werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass mit Blick auf den allgemeinen Bildungsauftrag von Schulen ...

- das Konzept „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ an allen Schulen umgesetzt wird. Durch die Zusammenarbeit mit außerschulischen Akteuren wie dem Schulbiologie- und Umweltbildungszentrum (SCHUBZ) können Kinder und Jugendliche für ökologische Themen sensibilisiert werden. Zudem sollen sie die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Formen des Wirtschaftens, dem Schutz natürlicher Ressourcen und einer global gerechten Gesellschaft verstehen. Dies kann die Lernenden ermutigen, so zu handeln, dass die Lebensgrundlagen für gegenwärtige und zukünftige Generationen erhalten bleiben.
- Schulen ausführlich darüber informiert werden, welche finanziellen und personellen Mittel bereitstehen, um Demokratiebildung fächerübergreifend als festen Bestandteil schulischer Bildungsarbeit zu etablieren. In Anbetracht der aktuellen politischen Situation erscheint es uns wichtiger denn

je, die Entwicklung von Schüler:innen zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu unterstützen, die bereit und in der Lage sind, demokratische Werte zu vertreten und demokratiefeindlichen, ausgrenzenden Tendenzen in all ihren Facetten entgegenzutreten. Dazu sollen Angebote gemeinsam mit der städtischen Koordinierungsstelle und Trägern wie exit Deutschland e. V. entwickelt werden, die Eltern/Erziehungsberechtigte und Schulen beraten, wenn sich Kinder und Jugendliche rechtsextremen oder anderen extremistischen Organisationen zuwenden.

- an allen Lüneburger Schulen eine städtisch geförderte Projektwoche zum Thema Antidiskriminierung angeboten wird. Denn Gerechtigkeit und Inklusion beginnen dort, wo sich Lernende aller Schulformen begegnen und sich gemeinsam mit Themen wie Rassismus, Antisemitismus, Geschlechterungleichheit, Queer- und Behindertenfeindlichkeit etc. auseinandersetzen. Wir wollen, dass unsere Schulen nicht nur Orte der Bildung, sondern auch der Gemeinschaft sind. Die Projektergebnisse sollen in eine fortlaufende Evaluation einfließen, um auf dieser Grundlage unter Beteiligung von Schüler:innen-Beiräten, Eltern und lokalen Organisationen weitere einschlägige Unterrichtskonzepte entwickeln zu können.
- an Schulen Demokratie aktiv gelebt wird. Dafür muss über die Möglichkeiten der (kommunalpolitischen) Teilhabe von Schüler:innen verstärkt aufgeklärt werden. Damit Kinder und Jugendliche Gelegenheit erhalten, ihre Interessen zu vertreten, sollte die Stadtschüler:innenvertretung in die Arbeit des Stadtrats und seiner Ausschüsse eingebunden werden.
- die Zusammenarbeit mit der Leuphana Universität Lüneburg als Bildungs- und Forschungsstandort für die gesamte Region ausgebaut wird. Die Universität kann in Schulentwicklungsprozesse einbezogen werden, etwa durch die Begleitung und Evaluation von Innovationsprojekten. Darüber hinaus können Studierende weiterhin an Schulen hospitieren, interessierte Schüler:innen als Gäste an universitären Veranstaltungen teilnehmen und während der vorlesungsfreien Zeiten können ungenutzte Räumlichkeiten für schulische Aktivitäten geöffnet werden.
- Schulwege sicherer werden (siehe auch Kapitel 2: Mobilität). Dies kann durch Verkehrssicherungsmaßnahmen erreicht werden, wie sie bereits im Umfeld der Grundschule im Roten Felde realisiert wurden. Denkbar sind z. B. auch angepasste Ampelschaltungen, die Einrichtung weiterer „Schulstraßen“ oder von „Elternhaltestellen“.

8 Kinder und Jugendliche

Uns als Grüne Lüneburg ist die aktive Jugendbeteiligung ein Kernanliegen. Dafür müssen weitere Räume für junge Menschen erschlossen werden, um echte Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu schaffen.

Wir setzen uns im Hinblick auf das Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche dafür ein, dass ...

- für eine konsumfreie und sozial gerechte Freizeitgestaltung Räume für Draußen-Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen geschaffen, erhalten und ausgebaut werden. Dazu gehört die Öffnung von Schulsportplätzen und attraktiven konsumfreien Aufenthaltsflächen in der Innenstadt und in den Stadtteilen sowie die Instandhaltung von Spielplätzen.
- das Angebot an Outdoor-Aktivitäten ausgebaut wird.
- die 2025 vom Bürger:innenrat zum Thema „Konsumfreie Orte für Kinder in der Innenstadt“ erarbeiteten Vorschläge, die das Stadtzentrum für Kinder und Jugendliche attraktiver machen, umgesetzt werden.
- Naturerlebnisräume für Kinder und Jugendliche geschaffen und erhalten werden.
- Kindern und Jugendlichen der Zugang zu Kultur eröffnet wird. Um dies zu gewährleisten, sollten alle in Lüneburg lebenden Jugendlichen zu ihrem 18. Geburtstag einen zweckgebundenen Gutschein im Wert zwischen 50 und 100 Euro erhalten.
- zur Förderung der Jugendkultur ein neuer Club errichtet wird und darüber hinaus mehr legale Graffiti-Flächen zur Verfügung gestellt werden.

Wir setzen uns für mehr Jugendbeteiligung ein, insbesondere dafür, dass ...

- die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Öffentlichkeit gestärkt und ihnen mehr Mitspracherecht in und außerhalb von Kita und Schule eingeräumt wird. Dafür unterstützen wir die Schaffung von geeigneten Räumlichkeiten, in denen sich Jugendgruppen und -organisationen treffen können. Vor diesem Hintergrund fordern wir die zeitnahe Einrichtung eines Hauses der Jugend, bei dessen Planung und Gestaltung die Stimmen junger Menschen zu berücksichtigen sind. Als Standort haben wir als Grüne Ratsfraktion erfolgreich das Vierortenhaus in der Salzstraße 1 vorgeschlagen: Dort – also direkt neben dem neu eröffneten Jugendzentrum

Stadtmitte – sollen der Stadtjugendring sowie Büros der Stadtjugendpflege untergebracht werden.

- gemäß der Empfehlung des Bürger:innenrates aus 2025 an der Neuen Sülze ein Zentrum für Kinder und Jugendliche bereitgestellt wird, das einen ansprechenden Rahmen für den Aufenthalt, den Austausch und die Freizeitgestaltung bietet.
- der Stadtjugendring weiterhin unterstützt und ein Jugendparlament eingerichtet wird.
- das Jugendforum (JuFo) gestärkt wird, u. a. durch eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit. So sollen Kinder und Jugendliche mehr Möglichkeiten erhalten, sich aktiv einzubringen, etwa durch die Beteiligung des JuFos in Ausschüssen des Rates. Dadurch könnte das JuFo als Jugendvertretung in der Kommunalpolitik agieren. Aus demselben Grund sind eine Erweiterung des JuFos oder die Einführung eines Jugendbeirats wünschenswert.
- alle politischen Gremien, in denen über die Belange junger Menschen entschieden wird, so ausgestaltet werden, dass Jugendliche dort gleichberechtigt teilhaben können. Dazu müssen Schüler:innen sowie die Stadtschüler:innenvertretung bedarfsgerecht unterstützt werden, z. B. durch das Bereitstellen entsprechender Mailkontakte.

9 Soziale Teilhabe

Das Zusammenwirken von Bürger:innen, Verwaltung und Politik ist in den vergangenen Jahren vielfältiger und lebendiger geworden. Die Menschen können erleben, dass ihr Mitdenken und ihre Mitarbeit in der Kommune erwünscht und notwendig sind, etwa in Parteien, Ausschüssen, Sozialräumen, in Bürger:inneninitiativen oder in der direkten Bürger:innenbeteiligung.

Wir setzen uns im Hinblick auf die Bürger:innenbeteiligung dafür ein, dass ...

- die Bürger:innenräte fortgeführt werden.
- die Empfehlungen der bisherigen Bürger:innenräte in der Stadtgesellschaft stärker berücksichtigt und besser kommuniziert werden.
- der Dialograum in der Innenstadt erhalten und weiter genutzt wird.

Gemeinsam leben – Gemeinschaft fördern

Die vielfältigen Krisen der Gegenwart können wir nur gemeinsam überwinden. Deshalb gilt es, den zunehmenden Tendenzen von Isolation und Einsamkeit in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Wir Grünen begrüßen deshalb alle Initiativen in der Stadt, die Gemeinschaft fördern, z. B. die Vesperkirche oder Mittagstische.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- die Stadtverwaltung und der Sozialausschuss diese Initiativen, Projekte und Institutionen durch Vernetzung und finanzielle Hilfe unterstützen.
- der Sozialfonds ausgebaut wird.
- die bestehenden Stadtteilhäuser und deren Arbeit weiterentwickelt werden. Stadtteilhäuser sind Orte, an denen Aktivitäten von Stadtpolitik, Sozialverbänden, freien Trägern, Kirchen und Initiativen gebündelt sind.
- in Kaltenmoor ein größeres Stadtteilhaus entsteht, das den Bedürfnissen des Viertels noch besser gerecht wird. Ein erster, aber noch nicht ausreichender Schritt, um die Situation des Stadtteilbüros zu verbessern, war die Anmietung von Räumen in der St. Stephanus-Passage.

Sozialarbeit

Soziale Ausgrenzung und Armut bedingen einander. Vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Spaltung sind alle Initiativen zu begrüßen, die Menschen in Not helfen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- die vorhandenen Maßnahmen der Sozialarbeit erhalten bleiben und bei Bedarf erweitert werden.
- präventive Konzepte und Maßnahmen erarbeitet bzw. ausgebaut werden, die Ursachen von Wohnungslosigkeit, Altersarmut, Überschuldung, Gewalt, Sucht und Kriminalität bekämpfen, u. a. das Streetwork in der Innenstadt.
- insbesondere vulnerable Gruppen passende Hilfe finden. Deshalb muss schnellstmöglich das in der Schießgrabenstraße geplante Szenecafé eingerichtet werden, das Menschen mit Suchtproblemen als Treffpunkt dienen soll. Dabei sind vor allem auch die Bedarfe potenzieller Nutzer:innen in den Blick zu nehmen.
- weitere niedrigschwellige Räume für Suchterkrankte, etwa zur Substitutionsberatung und zum Spritzentausch, auf- bzw. ausgebaut werden.

- das Frauenschutzzentrum wie geplant neu gebaut und die Finanzierung auf solide Füße gestellt wird.

Wohnungslosigkeit

Um der wachsenden Zahl wohnungsloser Menschen helfen zu können, bedarf es eines Umdenkens im Umgang mit Wohnungslosigkeit in Lüneburg.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- das Konzept „Housing first“ umgesetzt wird. Hierbei gilt es, den obdachlosen Menschen zuerst eine Wohnung zu vermitteln, damit sie danach weitere Schritte in ein selbstbestimmtes Leben gehen können. Die Stadt Lüneburg soll hierbei aktiv werden, indem sie den nötigen Wohnraum beschafft und sich mit Akteur:innen, die im Bereich der Wohnungs- und Obdachlosigkeit in der Hansestadt arbeiten, vernetzt.
- Obdachlosenunterkünfte eine menschenwürdige Unterbringung für alle ermöglichen, die diese benötigen.
- eine medizinische Grundversorgung in allen Unterkünften angeboten wird.
- ein Frauenobdach eingerichtet wird. Die Lage obdachloser Frauen ist prekär, nicht zuletzt, weil sie besonders häufig sexuellen Übergriffen ausgesetzt sind.
- die Präventionsstelle Wohnungslosigkeit erhalten und gestärkt wird, damit Wohnungslosigkeit verhindert werden kann.

Inklusion

Barrieren für Menschen mit Behinderungen müssen abgebaut, Inklusion muss überall mitgedacht werden, z. B. auch in den Schulen und der Verwaltung. Menschen mit Behinderungen sind keine Bittsteller, sondern haben ein Recht auf Teilhabe.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- die Behindertenrechtskonvention in Lüneburg konsequent umgesetzt wird.
- konsequent darauf geachtet wird, dass niemals ohne Menschen mit Behinderungen über sie entschieden wird.
- Menschen mit Behinderung in der Verwaltung erleben, dass soziale Teilhabe ermöglicht wird.
- der Stadtrat eng mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen und mit der EUTB (Ergänzenden Unabhängigen Teilhabeberatung) zusammenarbeitet.

- eine Geschäftsstelle für den Beirat für Menschen mit Behinderungen geschaffen wird.
- der Winterdienst in Lüneburg den unterschiedlichen Bedürfnissen von Menschen mit körperlichen Einschränkungen gerecht wird.
- die Lebenshilfe e.V. und andere wichtige Akteure auch in Zeiten von bundespolitischem Spardruck ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen können.

Ehrenamt

Eine starke Demokratie lebt von aktiven Bürger:innen, die im Sinne des Gemeinwohls mitgestalten. Ehrenamtliche Helfer:innen unterstützen Menschen in ganz unterschiedlichen Lebenssituationen, bereichern das Zusammenleben und den Zusammenhalt unserer (Stadt-)Gesellschaft. Sie halten viele Angebote aufrecht, die es ohne ihr Engagement nicht gäbe.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- das Ehrenamt durch finanzierte Stellen koordiniert wird und die bestehende Koordinierungsstelle Ehrenamt langfristig erhalten bleibt.
- die erfolgreiche Arbeit von ehrenamtlichen Institutionen, wie dem Mosaik, fortgesetzt werden kann.

Kulturelle und soziale Teilhabe

Jeder Mensch soll unabhängig von seinem Einkommen oder dem der Eltern die Chance haben, an kulturellen, sportlichen und anderen Freizeitangeboten teilzunehmen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- die HanseCard fortgeführt und zu einem zentralen Rabattsystem in der Stadt wird. Dafür sollen die Leistungen der Karte und der Kreis der Berechtigten erweitert werden. Künftig soll sie beispielsweise auch Rabatte bei stadteigenen Gesellschaften, etwa der Ratsbücherei und der Musikschule, umfassen. Erhalten sollen die HanseCard künftig nicht nur Jugendliche, die Grundsicherung/Bürgergeld empfangen oder ehrenamtlich tätig sind, sondern auch erwachsene Empfänger:innen von Arbeitslosengeld II, Wohngeld, Sozialhilfe und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; auch der Seniorenpass, der Rentner:innen im Leistungsbezug auf Antrag zusteht, aber bisher wenig genutzt wird, soll integriert werden.
- die Stadtteilarbeit und -feste unterstützt werden. Sie erhöhen die Identifikation der Bewohner:innen mit ihrem Wohnumfeld.

- Studierende der Leuphana Universität Lüneburg und die anderen Bürger:innen der Stadt im kulturellen Leben von Lüneburg noch besser zusammenfinden. Dazu sollten die Schnittstellen zwischen Stadt und Universität weiter verbessert werden.

Geflüchtete und Integration

Wir wollen, dass alle Neubürger:innen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten, gut in unserer Stadt ankommen. Lüneburg soll eine echte Willkommensstadt werden, in der Menschlichkeit, Solidarität und Chancengerechtigkeit gelebte Werte sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- die Ausländerbehörde zu einem Willkommenszentrum ausgebaut wird. Unter einem Dach und in mehreren Sprachen sollen Informationen zu Aufenthalt, Sprachangeboten, Anerkennung von Abschlüssen, Arbeitsmarktintegration und Beratung bereitgestellt werden.
- Sprach- und Integrationskurse fortgesetzt werden. Wir unterstützen die kommunale Volkshochschule, damit sie ausreichend Kurse anbieten kann. Es muss niedrigschwellige und alltagsnahe Lernangebote geben, die an die Lebensrealität der Teilnehmenden angepasst sind.
- das Sprachmittler:innen-Projekt ausgebaut und Mehrsprachigkeit in Kitas, Schulen, Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen als Stärke sichtbar gemacht wird.
- Hürden für eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt abgebaut werden. Wir werben auch auf Kreisebene für ein OneStopServiceCenter für Arbeitsgenehmigungen, das Entscheidungen innerhalb von sechs Wochen garantiert. Auf diese Weise wird die diskriminierende Bezahlkarte für viele Geflüchtete obsolet – wir stehen zu der beschlossenen Resolution des Stadtrates, die die Bezahlkarte ablehnt.
- das Chancenaufenthaltsrecht zum Motor gelungener Integration wird: Verfahren müssen klar, transparent und personell ausreichend ausgestattet sein.
- der gemeinsame Migrationsrat von Stadt und Landkreis MIGRAR mehr Ressourcen erhält und dadurch gestärkt wird.
- Migrant:innen eine kultursensible Gesundheits- und Pflegeversorgung sowie eine soziale Infrastruktur, die unterschiedliche Lebenswege berücksichtigt, zur Verfügung stehen.

- migrantische Selbstorganisationen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, bei ihrem Aufbau und ihrer Arbeit unterstützt werden. Bei steigendem Bedarf ist die Infrastruktur anzupassen, damit Räume entstehen, in denen Integration und Zusammenhalt gedeihen können.
- Lüneburg ein „sicherer Hafen“ für Geflüchtete bleibt. Deshalb wollen wir humanitäre Aufnahmeangebote teilnehmender Kommunen stärken und prüfen, unter welchen Bedingungen Patenschaften für weitere Seenotrettungsschiffe übernommen werden können.
- Lüneburg eine Städtepartnerschaft mit Bila Zerkwa in der Ukraine schließt und der Aufbau eines ukrainisch-deutschen Partnerschaftsvereins in Lüneburg unterstützt wird.

Antidiskriminierung

Antidiskriminierungsarbeit ist Teil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- Diversu e. V. als unabhängige Antidiskriminierungsberatungsstelle langfristig finanziert und das kommunale Antidiskriminierungsberatungsnetzwerk (ADN) gestärkt wird. Antirassistische Initiativen und Programme sollen gezielte Förderung erhalten.
- für Beschäftigte in Verwaltung, Schulen und Ordnungsdiensten regelmäßige Schulungen stattfinden, um Diskriminierung zu verringern und Vielfalt als Normalität zu verankern.
- die interkulturelle Öffnung der Verwaltung durch Personalentwicklung, gezielte Förderung von Sprachkompetenz und internationaler Erfahrung vorangetrieben wird.
- die Koordinierungsstelle Teilhabe, Antidiskriminierung und Extremismusprävention als weisungsunabhängiges Team weiter aufgestockt wird.

Gemeinsam gegen Rechts

Unser Ziel ist eine freie, weltoffene und vielfältige Gesellschaft. Deshalb unterstützen wir zivilgesellschaftliche Initiativen im Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt und werden in Lüneburg weiter klare Kante gegen Rechts zeigen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- gesellschaftliche Gruppen und Initiativen gefördert werden, die sich mit friedlichen Mitteln gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene

Menschenfeindlichkeit stellen. Im Stadtrat arbeiten wir nicht mit der Partei „Alternative für Deutschland“ zusammen.

- finanzielle Hilfen für die Weiterbildung zum Thema Rassismus in kommunalen Einrichtungen und Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden.
- Opfern von rassistischer und antisemitischer Gewalt größtmögliche Unterstützung zuteilwird.

10 Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit

Kommunen haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass alle Menschen – unabhängig von ihrem Geschlecht – die gleichen Chancen auf Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben haben. Gleichstellung ist für uns eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikfelder durchdringen muss.

Feminismus ist Teil unserer DNA. Unsere Partei hat Frauenförderung und verbindliche Quoten von Anfang an umgesetzt: in Satzungen, bei Listenaufstellungen und in Gremien. Das Frauenstatut von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt es seit 1991. Auch in unseren Diskussionen achten wir darauf, dass FLINTA*-Personen (Frauen, Lesben, Inter-, nichtbinäre-, trans- und agender Personen) gleichberechtigt Raum bekommen. Diese Tradition befähigt uns, als erste Partei konsequent kommunale feministische und vielfältige Politik zu gestalten.

Vielfalt als Stärke

Eine moderne und zukunftsfähige Kommune versteht, dass Vielfalt sie stärkt.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter oder Behinderung, die gleichen Chancen auf Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben haben (siehe auch Kapitel 9: Soziale Teilhabe).
- patriarchale Machtstrukturen abgebaut, sexualisierte Gewalt bekämpft und strukturelle Diskriminierung überwunden werden, um die Situation von FLINTA*-Personen strukturell zu verbessern.

* FLINTA: Frauen, Lesben, Intergeschlechtliche Menschen, Nichtbinäre Menschen, Trans Menschen, Agender Menschen

Umfassende Prävention und Gewaltschutz auf allen Ebenen

Eine Kommune muss Bürger:innen wirksam vor Gewalt schützen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- der Schutz vor Gewalt als eine zentrale Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge verstanden wird und entsprechend konsequent umgesetzt werden kann.
- für besonders gefährdete Menschen, insbesondere FLINTA*-Personen und Kinder, Wohnmöglichkeiten außerhalb zentraler Unterbringungen geschaffen werden.
- FLINTA*-Personenhausplätze bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.
- Mitarbeiter:innen aller städtischen Einrichtungen verpflichtende Sensibilisierungs- und Interventionstrainings erhalten.
- Schutz- und Beschwerdekonzpte für öffentliche Veranstaltungen entwickelt werden. Das Gleichstellungsbüro mit der Koordinierungsstelle Teilhabe, Antidiskriminierung und Extremismusprävention soll dafür in allen Prozessen unterstützt werden.

Vielfältige Zusammensetzung der städtischen Gremien

FLINTA*-Personen sollen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung in städtischen Entscheidungsgremien vertreten sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- FLINTA bis 2031 städtische Gremien, Aufsichtsräte und Leitungspositionen zu mindestens 50 Prozent von FLINTA*-Personen besetzt werden.
- FLINTA der Anteil von FLINTA*-Personen in städtischen Gremien als Indikator für den Fortschritt jährlich erfasst wird.
- FLINTA Sitzungsformate flexibel gestaltet werden. Digitale und hybride Sitzungen sollten verstärkt genutzt werden, damit auch Menschen mit körperlichen und/oder zeitlichen Einschränkungen an den Veranstaltungen teilnehmen können.

Gender Mainstreaming und Gender Budgeting

Im Zuge der Umsetzung einer Strategie zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter (Gender Mainstreaming) müssen öffentliche Haushalte so aufgestellt werden, dass sie die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter fördern (Gender Budgeting).

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- Gender Mainstreaming durchgängig in allen kommunalen Bereichen umgesetzt wird – von der Bildung über die Gesundheitsversorgung bis hin zum Klimaschutz.
- Gender-Budgeting zu einem festen Bestandteil der Kommunalpolitik wird. Damit wird der Haushalt zu einem Steuerungsinstrument, das sicherstellt, dass Ressourcen geschlechtergerecht verteilt werden.

Mentoring- und Leadership-Programm

Die kommunale Verwaltung muss bei der Förderung von FLINTA*-Personen mit gutem Beispiel vorangehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- in der Stadtverwaltung ein Mentoring- und Leadership-Programm speziell für FLINTA*-Personen umgesetzt wird.
- dieses Programm gezielte Fortbildungsbudgets, Rückkehr- und Aufstiegsregelungen umfasst.

Care-Arbeit stärken, sichtbar machen und Familien entlasten

Sorgearbeit in den Familien ist das Rückgrat unserer Gesellschaft und muss sichtbar und wertgeschätzt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- sie gerecht verteilt und durch eine starke Infrastruktur unterstützt wird, damit Gleichstellung gelingt.
- die Qualität und zeitliche Zuverlässigkeit von Betreuungs- und Ganztagsangeboten weiter verbessert wird.
- Kurzzeitpflegeplätze und ambulante Unterstützungsangebote ausgebaut werden, um pflegende Angehörige zu entlasten.
- flexible Arbeitszeitmodelle für städtische Beschäftigte und ein kommunales Equal-Care-Programm mit Awareness-Events und Kampagnen unterstützt werden.

Geschlechtergerechte Stadtplanung und Mobilität

Viele Städte sind von Männern für männliche Bedürfnisse geplant worden.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- Stadtplanung geschlechtergerecht wird. Bei der Gestaltung öffentlicher Räume sind Sicherheit und Aufenthaltsqualität in den Mittelpunkt zu stellen, damit sie Begegnung ermöglichen und sich alle Menschen dort sicher fühlen.
- unsere gebaute Umwelt einschließlich der Verkehrswege den Bedürfnissen aller Geschlechter gerecht wird. In der Mobilitätspolitik achten wir auf die Perspektiven von FLINTA*-Personen.
- die ÖPNV-Frequenz in Randzeiten und am Wochenende deutlich gesteigert und verstärkt FLINTA*-Nachttaxis angeboten werden, um Mobilität auch in den Abendstunden zu gewährleisten. Das käme auch Menschen in Schichtarbeit zugute (siehe hierzu auch Kapitel 1: Stadtentwicklung und Kapitel 2: Mobilität).

Aktive Förderung von FLINTA*-Personen in Beruf und Politik

FLINTA*-Personen sind in vielen gesellschaftlichen Bereichen noch nicht sichtbar genug und werden nicht gehört. Insbesondere die politische Teilhabe und eine gerechtere Bezahlung lassen sich durch Maßnahmen in der kommunalen Verwaltung verbessern.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- die aktive Beteiligung von FLINTA*-Personen in allen gesellschaftlichen Bereichen gefördert wird. Neben der FLINTA*-Quote in der Verwaltung unterstützen wir Projekte, die die politische Bildung und Teilhabe von zugewanderten und benachteiligten FLINTA*-Personen stärken.
- bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auf die Einhaltung sozialer Standards und tariflicher Bezahlung geachtet wird, um prekäre Beschäftigungsverhältnisse, von denen FLINTA*-Personen besonders oft betroffen sind, zu bekämpfen.

11 Gesundheit

Gesundheit und Pflege sind Daseinsfürsorge. Deshalb zielt Grüne Gesundheitspolitik auf Maßnahmen zur Erhaltung von Gesundheit für alle. Wir Grünen kämpfen dafür, dass sie zukunftsfest bleibt.

Gesundheitsversorgung in der Stadt

Unsere Gesundheit hängt zum großen Teil von Faktoren außerhalb des Gesundheitssystems ab: von einer intakten Umwelt, gesunder Ernährung, Vermeidung krankmachender Stoffe wie Zucker, Alkohol und Tabak, von Bewegung und sozialen Kontakten. Auch Gesundheitskompetenz und der Zugang zu qualifizierter medizinischer Versorgung spielen eine wichtige Rolle.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- im Erkrankungsfall die ambulante, stationäre und rehabilitative Medizin wohnortnah und gut zugänglich gewährleistet ist. Dabei müssen die sozial benachteiligten städtischen Gebiete besonders im Fokus stehen.
- die Stadt Lüneburg mit ihrer Zentrumsfunktion für den Landkreis Mitverantwortung übernimmt, gemeinsame Funktionen teilt und weiter ausbaut.
- die seit gut einem Jahr angelaufene ReKAP (regionale Konferenz für Alter und Pflege) zur regionalen Gesundheitskonferenz weiterentwickelt wird und sich weiteren gesundheitsrelevanten Themen widmet. Hier sollen die verschiedenen Anbieter von Gesundheitsleistungen regelmäßig mit Krankenkassen, verschiedenen sozialen Diensten, Wohlfahrtsverbänden, Jugendhilfe, Selbsthilfe- und Patientenorganisationen, Unternehmen, Sportvereinen, Bildungseinrichtungen und dem Gesundheitsamt zusammenkommen. Stadt und Landkreis sollen durch diese regelmäßigen Treffen Netzwerkbildung, Kooperation und Koordination befördern. Ziele sind der Ausbau gemeinsamer kommunaler Konzepte und Absprachen zwischen allen Erbringern von Gesundheitsleistungen sowie die Entwicklung regionaler Versorgungsverträge mit Kostenträgern. Das Ergebnis: eine bessere, bedarfsgerechte Prävention und Gesundheitsversorgung, die auf die Region abgestimmt ist.
- das Städtische Klinikum Lüneburg als kommunales Schwerpunktkrankenhaus weiter gestärkt und ausgebaut wird. Mit der Gesundheitsholding verfügen wir über einen starken kommunalen Akteur, der weitere Aufgaben übernehmen kann. Falls z. B. Kassenarztsitze nicht besetzt werden können

und so Versorgungsdefizite entstehen, sollte die Holding als Betreiber weiterer Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) auftreten.

- Stadtteilgesundheitszentren in nichtkommunaler Trägerschaft und innovativer Organisationsform aufgebaut werden.

Prävention und niedrigschwellige Gesundheitsberatung

Die Gesundheitskonferenz soll dazu beitragen, die vielfältigen Präventionsangebote zusammenzuführen, für alle sichtbar zu machen und zu ergänzen. Über Arztpraxen, Krankenkassen und Selbsthilfegruppen hinaus sollen Stadtteilhäuser, Gemeindezentren, Bildungsträger und andere Akteure im öffentlichen Raum diese Angebote künftig näher an die Menschen heranbringen. Wir unterstützen und arbeiten mit an der ehrenamtlichen ärztlichen Gesundheitsberatung im Stadtteilhaus Kaltenmoor und wollen sie unter Einbindung der Bürger:innen und Patient:innen des Stadtteils und anderer Gesundheitsberufe ausbauen.

Gesundheitsamt und öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD)

Die Erfahrung mit der SARS-CoV-2-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein starker öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD) ist. Wir stehen für den weiteren personellen und strukturellen Ausbau des ÖGD. Zu seinen Aufgaben gehört eine erweiterte Gesundheitsberichterstattung, zusammen mit der Sozialberichterstattung des Sozialdezernats. Die Mitarbeit in der Gesundheitskonferenz gehört für uns zu den übergeordneten Aufgaben des ÖGD.

Psychische Gesundheit

Das Wissen über psychische Erkrankungen und die Bedeutung der psychischen Gesundheit muss in der Bevölkerung allgemein und insbesondere in städtischen Einrichtungen, Schulen und Institutionen stärker verankert werden. Dabei sollen die Psychiatrische Klinik Lüneburg, der Psychiatrische Krisendienst und freie Träger einbezogen und ihre Zusammenarbeit mit Schulen und kommunalen sozialen Einrichtungen gefördert werden. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die negativen Auswirkungen digitaler Medien auf die psychische Gesundheit: Wir setzen uns für den Ausbau einer Beratung ein, die das Recht auf digitale Bildung und ein digitales Leben anerkennt.

Stadtplanung

Eine gesundheitsorientierte Stadtplanung benötigt einen kommunalen Fachplan Gesundheit, der in alle Planungsschritte einzubeziehen ist.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- der ÖGD als Querschnittsaufgabe den Stadtentwicklungsplan, die Bereiche Verkehr, Umwelt, Grünplanung, Klimafolgen etc. begleitet. Ein Beispiel dafür ist der seit der letzten Wahl in Gang gebrachte Hitzeaktionsplan, der weiterentwickelt wird. Die Stadtplanung nimmt eine ressourcenschonende, gesundheitssensible Stadterweiterung und Stadterneuerung im Bestand in den Blick, der ÖGD koordiniert und ergänzt Gesundheitsförderung und Gesundheitsschutz. Ausgestaltet wird dies in den Stadtteilen.
- innovative ambulante Konzepte für die Versorgung älterer Menschen entwickelt werden, bei denen eine Zusammenarbeit zwischen professioneller Pflege und Ehrenamt koordiniert wird. Die ambulante Altenpflege befindet sich in einer Krise zwischen erhöhtem Bedarf und Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal. Wenn sich die Angebote weiter verknappen, müssen die Menschen entgegen ihren Wünschen in Pflegeheimen untergebracht werden; die hierfür notwendigen Zuzahlungen belasten jedoch erst die privaten, dann die kommunalen Haushalte. Deshalb berät die Kommune über das städtische Wohnraumbüro auch über Konzepte wie „Wohnen für Hilfe“.
- generationenübergreifende Wohnungsprojekte zur Integration von älteren Menschen mit der Möglichkeit des ambulant betreuten Wohnens entstehen. Im kommunalen (LüWoBau) und genossenschaftlichen Wohnungsbau wollen wir Konzepte für eine lebendige Nachbarschaft stärken, wie das Projekt Lebendige Nachbarschaft (LeNa) der SAGA in Hamburg. Hier soll die Selbstständigkeit und Lebensfreude gerade älterer Menschen durch leicht zugängliche Gemeinschaftsangebote, die insbesondere dem Austausch zwischen Generationen dienen, gefördert werden. Dabei kann zugleich die Medienkompetenz erweitert und Digitalisierung genutzt werden.

Medizinische Versorgung Wohnungsloser

Die medizinische Versorgung von Menschen, die wohnungslos geworden sind, stellt eine besondere Herausforderung dar. Schon heute engagieren sich Lüneburger Ärzt:innen in diesem Bereich ehrenamtlich. Wir setzen uns dafür ein, dass sie auch ohne einen kassenärztlichen Praxissitz Rezepte ausstellen können.

12 Kultur

Ein vielfältiges Kulturangebot am eigenen Wohnort bereichert das Leben und ist zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Vor diesem Hintergrund ist Kunstfreiheit für uns Grüne unverhandelbar. Lüneburg ist eine Kulturstadt. Kultur ist – getragen von engagierten Künstler:innen, Musiker:innen, Schauspieler:innen, Veranstaltenden und vielen anderen Akteur:innen – für die Attraktivität unserer Stadt ein wichtiger Standortfaktor.

Vielfältige Kultur fördern und stärken

Die Einschränkungen der Corona-Pandemie mit ihren für Kunstschaaffende gravierenden Konsequenzen haben gezeigt, wie sehr die Kulturszene unserer Unterstützung bedarf. Daher wollen wir sowohl bestehende kulturelle Einrichtungen sichern als auch neue Initiativen finanziell unterstützen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- das Theater Lüneburg auf der Grundlage einer auskömmlichen Finanzierung als Dreispartenhaus erhalten bleibt. Darüber hinaus wollen wir das Haus als kommunales Theater absichern und Mehrbedarfe anerkennen.
- das Museum Lüneburg, das bundesweit einzige Salzmuseum, das neue Kant-Museum und die übrigen öffentlichen Museen als zentrale Bestandteile unserer Kulturlandschaft weiterhin adäquat gefördert werden. Denn Kultur darf nicht nach ihrer Wirtschaftlichkeit beurteilt werden; ihr Mehrwert ist nicht finanziell messbar.
- Kulturvielfalt auch in Zukunft in ihrer ganzen Breite und Tiefe erhalten wird. Deshalb machen wir uns auch auf Landes- und Bundesebene dafür stark, dass die hierfür erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.
- Kulturschaffenden faire Löhne gezahlt werden. Dies bedeutet konkret, dass konsequent Mindesthonorare gezahlt werden, wie dies u. a. auch ver.di fordert.
- die institutionelle und projektbasierte Förderung für Kunst- und Kulturschaffende ausgebaut wird, gerade auch für Professionelle und Amateur:innen in der freien Szene.
- für kulturelle Veranstaltungen geeignete Räumlichkeiten bereitgestellt werden. Beispielsweise wollen wir den angestoßenen Umbau des Tunnels in der Bardowicker Mauer zu einem Raum für Kulturveranstaltungen abschließen und das Glockenhaus nach seiner Sanierung wieder verstärkt für

die kulturelle Nutzung verfügbar machen. Zusätzlich sollten auch die Stadtteilhäuser und der öffentliche Raum für kulturelle Zwecke genutzt werden.

- Vernetzungsmöglichkeiten für Kulturschaffende, etwa die Plattform „Kulturinfo Lüneburg“, ausgebaut und bekannter gemacht werden.
- allen Menschen die Möglichkeit gegeben wird, am kulturellen Leben teilzunehmen oder selbst Kunst zu schaffen. Ein zentrales Ziel Grüner Kulturpolitik ist die Reform der HanseCard, die Rabatte für viele kulturelle Einrichtungen bietet. Sie soll neu konzipiert und ausgeweitet werden (siehe dazu auch Kapitel 9: Soziale Teilhabe).
- Barrieren abgebaut bzw. gesenkt werden. Wir unterstützen die Bestrebungen der Kulturbranche, ihre Angebote inklusiver zu gestalten, z. B. durch barrierefreie Räumlichkeiten, Mehrsprachigkeit, Übersetzungen in Gebärdensprache, Audiodeskription etc.
- unser historisches Erbe, die einzigartige Altstadt, geachtet, erhalten und für alle zugänglich gemacht wird.
- sich die Hansestadt Lüneburg weiter in die neue Hanse als Städtebund einbringt. Zudem wollen wir das Netzwerk unserer Städtepartnerschaften weiter ausbauen und für den kulturellen Austausch nutzen.

Aktive Erinnerungskultur leben

Lüneburg war eine Hochburg der Nationalsozialisten. Nicht nur deswegen sind wir zu einer aktiven und diskriminierungsfreien Erinnerungskultur verpflichtet.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- Gedenkorte und Mahnmale erhalten und gepflegt werden, z. B. der Ehrenfriedhof für die Opfer der KZ-Häftlingstransporte im Waldgebiet Tiergarten, hinter dem Waldfriedhof im Stadtteil Kaltenmoor, oder das Synagogen-Mahnmal am Rand des ursprünglichen Standorts Am Schifferwall.
- die „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg auf dem Gelände der Psychiatrischen Klinik über den bisherigen Förderzeitraum bis 2029 hinaus institutionell unterstützt wird. Sie ist ein wichtiger Teil der Erinnerungskultur in der Stadt. Ihre Bildungsarbeit hat sich seit 2004 zu einem festen Bestandteil der historisch-politischen Bildung in der Region entwickelt.
- Erinnern auch im öffentlichen Raum sichtbar ist. Die Beschilderung von kritischen Denkmälern und des Standorts der ehemaligen MTV-Halle, die mit Unterstützung des Arbeitskreises Erinnerungskultur erarbeitet wurde, wollen wir schnellstmöglich verwirklichen.

- koloniale Denkmäler abgebaut werden. Ergänzend sollen postkoloniale Perspektiven bei Stadtrundgängen mehr Raum bekommen.
- dank eines digitalen Straßennamen-Wikis alle Lüneburger:innen erfahren, nach wem oder was ihre Straße benannt wurde; dadurch kann gleichzeitig eine Basis für einen kritischen Diskurs entstehen.
- alle Straßen, die an Täter:innen oder Gegebenheiten im Zusammenhang mit der kolonialen oder der NS-Zeit erinnern, umbenannt werden.

13 Vielfalt und Inklusion

Wir bekennen und verpflichten uns zu einer inklusiven Gemeinschaft, in der die Rechte und Bedürfnisse aller Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Identität oder Behinderung, geschützt und gefördert werden. Fragen von Antidiskriminierung und Teilhabe räumen wir einen hohen Stellenwert ein.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen in Entscheidungsgremien repräsentiert sind, um eine gerechte und vielfältige Stadtgestaltung zu gewährleisten.
- weitere Räume und Gremien geschaffen werden, die sich gezielt mit den Anliegen von FLINTA*-Personen und queeren Menschen in Lüneburg befassen. Mit der Unterzeichnung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen bekennt sich Lüneburg ausdrücklich zu den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung und richtet sein kommunales Handeln an diesen Leitlinien aus. Dazu gehört auch das Nachhaltigkeitsziel 5 „Geschlechtergleichheit“.
- struktureller Rassismus und Diskriminierung auf allen Ebenen wirksam bekämpft werden. Dabei wird auch intersektionale Diskriminierung mitgedacht.
- die Verwaltung der Stadt Lüneburg ihrer Vorbildfunktion gerecht wird. Die Vielfalt unserer Gesellschaft soll sich auch in der kommunalen Verwaltung abbilden. Daher ist es uns wichtig, dass hier Menschen mit verschiedenen Geschlechtsidentitäten, Menschen mit Behinderung und Menschen verschiedener Herkunft miteinander arbeiten. Innerhalb der Institutionen wollen wir ein Bewusstsein dafür schaffen, wie wichtig Diversität ist.

- Mitarbeiter:innen in städtischen Institutionen und Behörden an rassismus- und diskriminierungssensiblen Trainings teilnehmen und der Aufgabenbereich der Gleichstellungsbeauftragten ausgeweitet wird.
- das Gleichstellungsbüro mit der von uns eingerichteten Koordinierungsstelle „Teilhabe, Antidiskriminierung und Extremismusprävention“ weiter ausgebaut wird und die Vollzeitstelle der Gleichstellungsbeauftragten erhalten bleibt. Die Koordinierungsstelle verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, der das Zusammenwirken unterschiedlicher Diskriminierungsformen berücksichtigt, und ergänzt die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten.
- queere Menschen selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben können. Dafür setzen wir auf Sichtbarkeit und Rückhalt und gehen weiter den bisherigen erfolgreichen Weg: Regenbogenfahne am Rathaus hissen, Veranstaltungen aus der Mitte der queeren Szene im Rathaus unterstützen, die Verwaltung im Sinne der Charta der Vielfalt weiterentwickeln und Zeichen der Sichtbarkeit im Stadtbild ausbauen.
- Aufklärung und Beratung abgesichert werden. Beispielsweise wollen wir die Zuschüsse für das Antidiskriminierungsprojekt SCHLAU Lüneburg e. V. und das queere Zentrum Checkpoint Queer beibehalten und bedarfsorientiert sukzessive steigern. Besonders wichtig ist uns, dass wir die städtische Unterstützung für queere Menschen gemeinsam mit diesen Menschen erarbeiten, etwa am zusammen mit dem Landkreis gegründeten Runden Tisch Queer. Auch deshalb benennen wir wieder eine queerpolitische Sprecherin bzw. einen queerpolitischen Sprecher unserer Stadtratsfraktion.

14 Sport, Erholung und Freizeitangebote

Wir Grünen setzen uns für ein vielfältiges, inklusives und nachhaltiges Sport- und Freizeitangebot für alle ein. Sport stärkt die Gesundheit, den Zusammenhalt und die Teilhabe – und ist ein zentraler Bestandteil lebenswerter Stadtentwicklung.

Breiten- und Vereinssport stärken

Der organisierte Sport ist das Rückgrat des gesellschaftlichen Lebens in Lüneburg. Deshalb wollen wir u. a. die Rahmenbedingungen für gemeinnützige Sportvereine weiter verbessern.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

die kommunale Sportförderung bedarfsgerecht weiterentwickelt wird – sie muss zudem verlässlich und transparent sein.

Vereine, Verwaltung und Sportbeirat stärker miteinander vernetzt werden. Kooperationen zwischen Vereinen, Schulen und sozialen Einrichtungen unterstützt werden.

Sportentwicklungsplanung konsequent weiterführen

Wir wollen die Sportentwicklungsplanung als strategisches Instrument nutzen, um Lüneburg als „Sportstadt“ weiterzuentwickeln. Ziel ist eine langfristige, transparente und beteiligungsorientierte Planung von Sportangeboten und -flächen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- eine systematische Bedarfserhebung, etwa für Hallen, Plätze und Freiräume, wo Menschen informell Sport treiben können (z. B. Kurpark, Wälder), durchgeführt wird.
- bei Investitionen in die Sportinfrastruktur klare Prioritäten gesetzt werden – ein Beispiel ist die bereits angestoßene multifunktionale Entwicklung des Sportparks am Bilmer Berg.
- Trends wie Individualsport und informelle Bewegungsangebote stärker berücksichtigt werden.

Sportinfrastruktur modernisieren und öffnen

Viele der bestehenden Sportstätten in Lüneburg sind in die Jahre gekommen. Sie sollten modernisiert und für mehr Menschen zugänglich gemacht werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- Sporthallen und Sportplätze bedarfsgerecht saniert und ausgebaut werden.
- vorhandene Anlagen mithilfe einer Förderung der Mehrfachnutzung durch Vereine, Schulen und Freizeitsportler:innen besser ausgelastet werden.
- Schulsportanlagen außerhalb der Unterrichtszeiten schrittweise auch für andere Menschen, die Sport treiben wollen, geöffnet werden.

Niedrigschwellige Angebote für Kinder und Jugendliche schaffen

Wir wollen zusätzliche niedrigschwellige Bewegungsangebote insbesondere für junge Menschen entwickeln.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- Bolz- und Basketballplätze geschaffen werden.
- Skate- und Bewegungsanlagen eingerichtet werden.
- in den Stadtquartieren frei zugängliche Bewegungsräume zur Verfügung gestellt werden.

Individualsport und öffentliche Bewegungsräume ausbauen

Neben dem Vereinssport gewinnt der selbstorganisierte Sport zunehmend an Bedeutung. Wir wollen mehr Raum für Bewegung im Alltag für alle Generationen schaffen – im Park, im Quartier und im öffentlichen Raum. Ob Yoga, Nordic Walking oder Tanzen im Kurpark: Lüneburg soll eine Stadt sein, die Bewegung überall ermöglicht.

Bäderlandschaft sichern und weiterentwickeln

Der Zugang zu Schwimmangeboten ist ein zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- die bestehenden Bäder langfristig gesichert und weiterentwickelt werden.
- geprüft wird, ob nach dem Vorbild anderer Kommunen ein zusätzliches Frei- oder Naturbad errichtet werden kann.

Sport, Teilhabe und Stadtgesellschaft zusammen denken

Sport ist ein wichtiger Motor für Integration, Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- inklusive und niedrigschwellige Sportangebote gestärkt werden.
- die Zusammenarbeit mit Schulen, Integrationsakteuren und sozialen Trägern ausgebaut wird.
- Sport gezielt als Raum für Begegnung und Teilhabe gefördert wird.

Grüne Freiräume und urbane Lebensqualität entstehen lassen

Wir verbinden Sport, Erholung und ökologische Stadtentwicklung.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- Grünflächen für eine gemeinschaftliche Nutzung wie Blühstreifen oder Urban Gardening zur Verfügung stehen.
- Bewegungs- und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum kombiniert werden.
- kreative Freiräume, etwa für legale Graffiti-Flächen, geschaffen werden.

15 Sicherheit

Sicherheit ist mehr als die Abwesenheit von Kriminalität. Damit sich Menschen in ihrer Stadt sicher und wohl fühlen, brauchen sie gut beleuchtete Wege und lebendige öffentliche Räume, verlässliche Nachbarschaften und das Vertrauen, bei Problemen Hilfe zu finden. Für uns Grüne ist echte Sicherheit das Ergebnis sozialer Gerechtigkeit, gegenseitigen Respekts und einer Stadtgesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird.

Prävention vor Repression

Langfristige Sicherheit entsteht nicht allein durch Kameras oder härtere Strafen; erforderlich sind vielmehr Investitionen in Menschen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- niedrigschwellige Beratungsangebote geschaffen und gestärkt werden. Die jugend- und quartiersbezogene Sozialarbeit wollen wir ausbauen – gerade in Stadtteilen, in denen sozialer Zusammenhalt unter Druck steht. Wer Perspektiven hat, braucht keine Gewalt.
- die Zusammenarbeit zwischen Ordnungsamt, Polizei, sozialen Trägern und zivilgesellschaftlichen Initiativen gestärkt wird. Runde Tische und verbindliche Kooperationsstrukturen helfen dabei, Probleme früh zu erkennen und gemeinsam zu lösen, bevor sie eskalieren.

Öffentliche Räume für alle

Wir wollen, dass Lüneburg eine Stadt bleibt, in der Vielfalt nicht als Gefahr wahrgenommen wird, sondern als Stärke. Plätze, Parks und Fußgängerzonen sollen Orte sein, an denen sich alle Menschen sicher und willkommen fühlen,

unabhängig von Alter, Herkunft, individuellen Einschränkungen oder Lebenslage.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- öffentliche Räume menschengerecht gestaltet werden: mit ausreichender Beleuchtung, Sitzgelegenheiten, einer lebendigen Nutzungsmischung und Toiletten. Denn in belebten Räumen, in denen sich Menschen gern aufhalten, achtet man auch aufeinander und sorgt so zugleich für soziale Kontrolle.
- es wirksamen Schutz vor Diskriminierung und Hasskriminalität gibt. Denn alle sollen sich in unserer Stadt sicher fühlen – auch Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität Anfeindungen befürchten oder erleben. Wir unterstützen eine konsequente Stärkung der Beratungsstellen für Betroffene von Hasskriminalität und Diskriminierung und setzen uns für eine enge Zusammenarbeit mit der Polizeiinspektion Lüneburg ein, um Vorfälle sichtbar zu machen und konsequent zu verfolgen.
- der kommunale Ordnungsdienst im öffentlichen Raum präsent ist und bürgerfreundlich und deeskalierend agiert. Seine Aufgabe ist, zu vermitteln und zu schützen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen regelmäßig in Konfliktmanagement und interkultureller Kommunikation geschult werden.

Schutz der kritischen Infrastruktur

Das Sicherheitsgefühl der Bürger:innen hängt nicht zuletzt von einer funktionsfähigen Infrastruktur ab. Deshalb gilt es, Energie- und Wasserversorgung, Gesundheitswesen, kommunale IT etc. vor Angriffen zu schützen – gerade vor dem Hintergrund der sich wandelnden Sicherheitslage. Denn Cyberkriminalität richtet sich gegen uns alle: gegen Unternehmen, Privatpersonen, Gemeinden, Stadtwerke, Kommunikationsnetze, Krankenhäuser usw. Es entstehen nicht nur hohe Schäden, sondern der Ausfall kritischer Infrastruktur birgt Gefahren für Leib und Leben.

16 Finanzen

Eine verantwortungsvolle Finanzpolitik ist die Grundlage für eine handlungsfähige, soziale und klimaneutrale Stadt. Lüneburg steht vor großen Herausforderungen: Klimaanpassung, sozialer Zusammenhalt, die voranschreitende Digitalisierung (Stichwort: Smart City) und der Wandel der lokalen Wirtschaft. Diese Aufgaben lassen sich nur bewältigen, wenn die städtischen Finanzen transparent, nachhaltig und zukunftsorientiert gestaltet werden. Unser Ziel ist ein Haushalt, der ökologische Verantwortung, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität miteinander verbindet.

Nachhaltige Haushaltsführung

Unser Ziel ist eine nachhaltige Finanzpolitik, die kommende Generationen nicht finanziell überfordert und sie durch eine zu hohe Schuldenlast nicht in ihren eigenen gestalterischen Möglichkeiten einengt.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- Investitionen dort getätigt werden, wo sie dauerhaft Nutzen stiften, und Gelder z. B. für die Förderung von Energieeinsparungen, noch mehr Digitalisierung und soziale Infrastruktur eingesetzt werden.
- ein Nachhaltigkeitshaushalt etabliert wird, der alle Ausgaben auf Klima-, Umwelt- und Sozialwirkungen prüft.
- investive Ausgaben priorisiert werden, die langfristige Einsparungen ermöglichen.

Transparenz und Bürgerbeteiligung

Finanzpolitik betrifft alle Menschen in Lüneburg. Deshalb ist es entscheidend, dass sie offen und nachvollziehbar gestaltet wird.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- ein digitales Haushaltsportal eingeführt wird, das Ausgaben, Projekte und Fortschritte verständlich darstellt.
- Vergaben offengelegt werden.
- Förderentscheidungen klaren Kriterien folgen.
- ein jährlicher Finanzbericht in leichter Sprache veröffentlicht wird.

Geschlechtergerechte Finanzpolitik (Gender Budgeting)

Haushaltsentscheidungen wirken unterschiedlich auf die einzelnen Bevölkerungsgruppen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- die Finanzplanung systematisch auf Geschlechtergerechtigkeit geprüft wird, um Ungleichheiten zu vermeiden.
- ein Modellprojekt „Gender Budgeting“ durchgeführt wird, damit Verteilungseffekte sichtbar werden.
- Haushaltsansätze angepasst werden, wenn Ungleichheiten festgestellt werden.
- verbindliche Gleichstellungsziele bei Investitionen und Förderprogrammen umgesetzt werden.

Klimafreundliche Investitionen und nachhaltige Vergaben

Der städtische Haushalt ist ein starkes Instrument für den Umweltschutz.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- mit öffentlichen Mitteln gezielt Projekte gefördert werden, die Klima und Umwelt schützen.
- für größere Ausgaben ein Klima-Investitionscheck eingeführt wird.
- nachhaltige Beschaffung Standard wird, sodass langlebige Produkte, Reparaturfähigkeit und regionale Wertschöpfung im Fokus stehen.
- Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die Umwelt- und Sozialstandards einhalten.
- Investitionen in Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Kreislaufwirtschaft Vorrang haben.

Effektive Verwaltung und Digitalisierung

Eine moderne, digitale Verwaltung spart Zeit, Geld und Ressourcen.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- die Digitalisierung der Verwaltung beschleunigt wird. Wir sind überzeugt, dass die Digitalisierung der richtige Weg hin zu besserem Service und effizientem Mitteleinsatz ist; sie ist kein Selbstzweck.
- ein digitales Finanzcontrolling eingeführt und ein Kompetenzteam für Fördermittelakquise gebildet wird.
- Bundes- und EU-Förderprogramme konsequent genutzt werden, damit der Haushalt entlastet wird.

Stärkung kommunaler Unternehmen

Kommunale Gesellschaften sind zentrale Akteure für Versorgung, Klimaschutz und Wirtschaft. Sie sollen effizient, transparent und gemeinwohlorientiert arbeiten.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- städtische Unternehmen bei der Entwicklung von Nachhaltigkeits- und Abfallvermeidungsstrategien unterstützt werden.
- Gewinne gezielt in Klimaschutz, soziale Infrastruktur und Digitalisierung reinvestiert werden, begleitet von einem Gemeinwohl-Controlling.

Finanzielle Resilienz und Zukunftssicherheit

In turbulenten Zeiten mit Extremwetter und Energiepreisschocks zeigt sich die Bedeutung einer soliden Finanzpolitik.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- Lüneburg auch in Krisen handlungsfähig bleibt. Maßnahmen sind hier der Aufbau eines kommunalen Risikofonds, eine langfristige Finanzplanung über mindestens zehn Jahre sowie Rücklagenbildung. Innovative Finanzierungsmodelle sollen in Kooperation mit Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft entwickelt werden.
- Lüneburg auch bei angespannter Haushaltslage investitionsstark bleibt, sodass Investitionen insbesondere in Klimaschutz, soziale Infrastruktur und nachhaltige Mobilität möglich sind. Statt eines weiteren Investitionsstaus wollen wir gezielt Projekte finanzieren, die langfristig Kosten sparen und die Lebensqualität in Lüneburg erhöhen. Damit Lüneburg in den kommenden Jahren nicht nur „schuldenfreier“, sondern auch klimafester, sozialer und attraktiver wird – mit klaren Prioritäten, transparenter Haushaltsführung und einer fairen Verteilung der Lasten.
- ein ambitioniertes Energieeffizienzprogramm gestartet wird, z. B. für Schulen, Kitas und die Straßenbeleuchtung, um die laufenden Energie- und Betriebskosten langfristig zu senken und damit Spielraum für neue Investitionen zu schaffen.
- Lüneburg eine aktive Finanzpolitik betreibt, die Investitionen jetzt ermöglicht, statt sie auf eine unbestimmte Zukunft zu verschieben. Diese Finanzpolitik steht im Gegensatz zur primären Fixierung auf reinen Haushaltsausgleich und Kürzungen.

17 Moderne Verwaltung

Bürger:innen erleben ihre Stadtverwaltung aus unterschiedlichen Perspektiven: Sie stellen Anträge, nutzen kommunale Gebäude, benötigen Informationen, beziehen kommunale Leistungen und vieles mehr. Sie erwarten zu Recht, zügig und zugewandt bedient zu werden. Eine moderne Verwaltung muss Dienstleisterin und Partnerin der Bürger:innen sein und diese aktiv unterstützen, statt sie passiv zu verwalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass ...

- dieser Kurs weitergeführt und die Verwaltung umfassend modernisiert wird, um dem Leitbild einer serviceorientierten Verwaltung gerecht zu werden.
- die Digitalisierungsstrategie der Stadt Lüneburg weiterentwickelt, die Digitalisierung als wichtiges Werkzeug für eine bürgernahe, leistungsfähige Verwaltung erkannt und eingesetzt wird. Digitale Angebote, die Automatisierung von Abläufen und künstliche Intelligenz (KI) können Mitarbeitende entlasten, sodass mehr Zeit für persönliche Beratung zur Verfügung steht.
- immer mehr Verwaltungsdienstleistungen auch online angeboten werden. Dabei streben wir Lösungen an, die im Sinne des Onlinezugangsgesetzes bundesweit kompatibel sind und auch die Behörden des Bundes und des Landes einbeziehen. Nur so können einmal in der öffentlichen Verwaltung erfasste Daten umfassend genutzt und zwischen Behörden ausgetauscht werden (Once-Only-Prinzip).
- die Digitalkompetenz der kommunalen Bediensteten durch verstärkte Schulung in allen Digitalisierungsthemen einschließlich künstlicher Intelligenz kontinuierlich ausgebaut wird.
- die Zuständigkeiten klar geregelt werden.
- die Verwaltung weiter bei ihrem Kulturwandel unterstützt wird: mehr partizipative Führung, offene und transparente Kommunikation, mehr Delegation von Verantwortung und lösungs- statt statusorientiertes Vorgehen.
- mindestens die Hälfte der Führungspositionen in der Verwaltung mit FLINTA*-Personen (Frauen, Lesben, Inter-, nichtbinäre-, trans- und agender Personen) besetzt wird.
- alle kommunalen Angebote für alle Menschen zugänglich sind – barrierefrei und sowohl digital als auch analog.
- mit allen Bürger:innen verständlich kommuniziert und respektvoll umgegangen wird.

- eine einheitliche Identifizierungslösung mit einem einfachen Login für alle Behörden und Dienste geschaffen wird.
- ein einfach zu navigierender Zugang zu den digitalen Bürgerservices als „Lüneburg App“ zur Verfügung gestellt wird.

L(i)ebenswertes Lüneburg

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ortsverband Lüneburg
Schröderstraße 16 (Hof)
21335 Lüneburg
Telefon: 04131 - 49575
E-Mail: mail@gruene-lueneburg.de

www.gruene-lueneburg.de